

# DEUTSCHE POLIZEI

OKTOBER 2018 ZEITSCHRIFT DER GEWERKSCHAFT DER POLIZEI



DEUTSCHE  
POLIZEI



DEUTSCHE  
POLIZEI



Gewerkschaft  
der Polizei



Gewerkschaft  
der Polizei



Gewerkschaft  
der Polizei

POLIZEI

## Hören,

## was die Bürger denken!

Wie viel

trinken?



Unser  
Schutzpaket  
für Polizei-  
anwärter

Weil Sie immer alles geben,  
geben wir auch immer **alles für Sie.**

Die SIGNAL IDUNA Gruppe bietet allen Beschäftigten der Polizei umfassenden und bedarfsgerechten Versicherungsschutz für die Zeit der Ausbildung und selbstverständlich auch danach. Durch den Spezialversicherer Polizeiversicherungs-Aktiengesellschaft (PVAG), ein Gemeinschaftsunternehmen der SIGNAL IDUNA und der Gewerkschaft der Polizei (GdP), verfügen wir über jahrzehntelange Erfahrung und kennen die Wünsche und den Bedarf der Polizistinnen und Polizisten besonders gut.

**SIGNAL IDUNA Gruppe, Unternehmensverbindungen Öffentlicher Dienst**

**Joseph-Scherer-Straße 3, 44139 Dortmund, Telefon 0231 135-2551, polizei-info@pvag.de, www.pvag.de**

Ein Angebot der

**PVAG Polizeiversicherungs-AG**

Das Gemeinschaftsunternehmen  
der GdP und der SIGNAL IDUNA Gruppe

**SIGNAL IDUNA**   
gut zu wissen



Foto: Bundesregierung/S.Kugler

Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier hat Experten zu einem Gespräch zum Thema Innere Sicherheit zur Vorbereitung der Teilnahme auf den 26. Ordentlichen GdP-Bundeskongress Ende November empfangen. An der Runde im Schloss Bellevue mit Vertretern von Polizei und Sicherheitsbehörden nahm der GdP-Bundevorsitzende Oliver Malchow teil. **Seite 3**

**POLIZEI**



Foto: adpic

Wie sollte ein Polizist idealerweise aussehen? Tattoos erlaubt oder eher nicht? Sollte ein Polizist in Deutschland „deutsch“ aussehen oder spielt das kulturelle Erscheinungsbild keine Rolle? Fragen über Fragen – diesen widmete sich ein Polizeikommissar aus Hessen in seiner Bachelorarbeit. Die Ergebnisse überraschen. **Seite 16**

 **IN BRÜSSEL**



Foto: Eric Berghen

In Hessens Landesvertretung bei der EU in Brüssel diskutierten Polizisten und 300 Gäste zum „Spannungsfeld Datenschutz und Innere Sicherheit“. Das für internationale Gewerkschaftsarbeit zuständige Mitglied im Geschäftsführenden GdP-Bundesvorstand, Jörg Bruchmüller, trat für die Möglichkeit der retrograden Auswertung von Daten ein, wenn dies zur Aufklärung schwerster Straftaten notwendig ist. **Seite 21**

**INHALT** **Oktober 2018**

- 2 **KOMMENTAR** Der Rechtsstaat muss Stärke zeigen
- 3 **AKTUELL** Steinmeier fordert starke Polizei
- 4 **TAG DER OFFENEN TÜR** Hören, was die Bürger denken!
- 11 **SOZIALES** Allein gelassen
- 12  **NACHRICHTEN**
- 16 **TITEL/POLIZEI** Jacke wie Hose? – So wichtig ist den Bürgern das Aussehen eines Polizisten
- 21  **IN BRÜSSEL** Diskussion um Datenschutz und Innere Sicherheit in Brüsseler GdP-Vertretung
- 25 **DIGITALFUNK** Die Zukunft des Digitalfunks
- ÖFFENTLICHER DIENST** Schöneberger Forum im Zeichen der Diversität
- 27 **GELBE HAND** Wettbewerb 18/19 startet!
- 28 **VERKEHR** Taschenrechner auch technisches Gerät im Sinne der „Handy-Bestimmung“
- 29 **WEITERBILDUNG** Verantwortung übernehmen – GdP-Führungskräfte-seminar
- 30 **FRAUENGRUPPE** Im Blick: Gleichstellungsbeauftragte bei der Polizei
- 32 **TARIF** Überlastungsanzeigen – Möglichkeiten und Grenzen für Beschäftigte in der Polizei
- 33 **BUNDESKONGRESS-TICKER +++** Kongress-Homepage freigeschaltet
- 34 **AUS DEN LÄNDERN**
- 38 **FORUM**
- 40 **BÜCHER/IMPRESSUM**

**Entschuldigung**

Liebe Leserinnen und Leser der Zeitschrift DEUTSCHE POLIZEI mit dem Landesjournal Berlin, eine Vielzahl in der Bundeshauptstadt organisierter GdP-Mitglieder haben uns mitgeteilt, dass sie erst verspätet oder gar nicht die September-Ausgabe der Mitgliederzeitschrift erhielten. Die Druckerei erklärte auf Nachfrage, dass die Exemplare pünktlich herausgegangen seien. Die vertriebstechnischen Ursachen für diese Panne werden aufgeklärt. Wir bitten alle betroffenen Kolleginnen und Kollegen um Entschuldigung.

**Redaktion DEUTSCHE POLIZEI**



## Der Rechtsstaat muss Stärke zeigen

Unlängst hatte mich ein TV-Nachrichtensender zu einem Livegespräch über die Ereignisse in Chemnitz eingeladen. Ich hatte dort gesagt, dass sich der massive Personalabbau bei der Polizei hierzulande auf drastische Weise rächt. Zudem, dass wir in Deutschland fast nur noch eine Einsatz-Notfallpolizei haben und die Personalknappheit in vielen Dienststellen dazu führt, dass meine Kolleginnen und Kollegen nur noch von Einsatz zu Einsatz gejagt werden. Gewarnt habe ich

ner Auffassung eines der größten sich momentan in der Gesellschaft Raum verschaffenden Probleme. Wem vor Wut die Galle hoch kommt, der verliert die klare Sicht auf die Umstände. Und der ist auch leichter verführbar, wenn es um vermeintlich einfache Lösungen geht wie „Merkel muss weg“ oder rechtsextreme Parolen.

Deshalb ist es einerseits falsch, Menschen aus Chemnitz, Dresden und anderswo im Osten Deutschlands pauschal in die rechte Ecke zu stellen. Andererseits darf man sie aber auch nicht aus ihrer politischen Verantwortung entlassen. Durch das Mitlaufen bei rechtsextremen Aufmärschen verleihen sie den Hetzern Stärke. Es ist zwar nachvollziehbar, dass Menschen ihrer Angst vor womöglich zunehmender Gewaltkriminalität Ausdruck verleihen wollen. Nicht akzeptabel ist aber, dass sie rechtsextremen Überzeugungstätern, die unseren Rechtsstaat zerstören wollen, in großer Zahl Beistand leisten.

Es sollte jetzt vordringlich darum gehen, die sich sehr zuspitzende Diskussion mit ihren vielen Provokationen zu beruhigen und zu versachlichen. Ich glaube jedoch nicht, dass dies nur über politische Beschwichtigungs- oder Forderungsrhetorik gelingen wird. Das klappt nur, wenn der Staat konsequent handelt, und wenn Politiker für den Bürger erkennbar dafür sorgen, dass der Staat es auch kann, und zwar immer und überall.

Ich finde es im Übrigen gut, dass die sächsische Polizei eingestanden hat, die Lage zunächst falsch eingeschätzt zu haben. Der selbstkritische Ansatz spricht für unsere Kolleginnen und Kollegen dort. Generell

finden interessierte Beobachter bei Polizeieinsätzen aber immer ein Haar in der Suppe. Entweder hat die Polizei zu viele Kräfte vor Ort, dann ist es die martialisch auftretende Staatsmacht. Haben Sie vermeintlich nicht genug Kräfte, dann haben sie angeblich keine Kontrolle über die Lage. Das ist nicht neu, dient aber immer wieder dem Anfachen öffentlicher Debatten über die Qualität von Polizeiarbeit.

Für Einsatzlagen wie in Chemnitz müssten sich eigentlich mehrere hundert Kollegen in Reserve bereithalten, eigentlich! Mit ein paar Klicks wie bei einem Online-Händler kann man sich aber ein paar Hundertschaften mit Lieferung möglichst noch am gleichen Tag eben nicht bestellen. Auch in anderen Ländern wird Mangel verwaltet, und je nach Lage heißt die Antwort dann auch: Nein. Uns fehlen rund 20.000 Beamtinnen und Beamten, um der Aufgabenbelastung Herr zu werden, um Überstundenberge zu vermeiden und der einsetzenden Pensionswelle etwas entgegenzusetzen.

Die politische Kehrtwende in der Personalpolitik freut uns zwar. Zur Wahrheit gehört aber auch, dass es noch Jahre dauern wird, die Polizei wieder auf einen Personalstand zu heben, der sie nicht ständig an die Grenzen bringt.



Foto: Hagen Immel/GdP

davor, zu glauben, die Sicherheit selbst in die Hände nehmen zu müssen. Aus meiner Sicht nicht diskutabel ist, dass allein der Staat mit Polizei und Justiz seine Bürger schützt. Entsteht, oder noch schlimmer, verfestigt sich jedoch der Eindruck, dass der Staat und seine Behörden dies nicht mehr leisten können, ist der Weg zu Bürgerwehren und Lynchjustiz nicht mehr weit.

Dieses Statement hat auf dem von sonst ein paar Tausend Menschen besuchten Facebook-Auftritt des GdP-Bundesvorstandes zu einer wahren Eruption von Äußerungen geführt. Überwiegend handelt es sich um hoch emotionale Posts. Und daran erkennt man nach mei-

Oliver Malchow  
GdP-Bundesvorsitzender



# Steinmeier fordert starke Polizei

## GdP-Bundesvorsitzender in Expertenrunde beim Bundespräsidenten

**Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier hat Anfang September Experten zu einem Gespräch zum Thema Innere Sicherheit zur Vorbereitung der Teilnahme auf den 26. Ordentlichen GdP-Bundeskongress Ende November empfangen. An der Runde im Schloss Bellevue mit Vertretern von Polizei und Sicherheitsbehörden nahm der GdP-Bundesvorsitzende Oliver Malchow teil.**

Wie die Nachrichtenagentur dpa anschließend berichtete, forderte Steinmeier nach den gewaltsamen rechten Protesten in Chemnitz eine starke Polizei als Voraussetzung für die Erhaltung des Rechtsstaates. Bei einem Gespräch mit Vertretern von Polizei und Sicherheitsbehörden sagte er nach Angaben von Teilnehmern: „Funktionierende, gut ausgestattete Polizei und Sicherheitsbehörden sowie die Unabhängigkeit der Justiz sind die Kernvoraussetzungen für einen funktionierenden Rechtsstaat.“

Bei dem Treffen ebenfalls dabei waren der Präsident des Bundeskriminalamtes (BKA), Holger Münch, der Innenminister Sachsen-Anhalts, Holger Stahlknecht (CDU), der derzeit Vorsitzender der Innenministerkonferenz ist, sowie weitere Experten.

Themen waren die innere Sicherheit in Deutschland, die Entwicklung der Kriminalitätsstatistik und ihr Verhältnis zum Sicherheitsempfinden in der Bevölkerung sowie die Handlungsfähigkeit der Polizei in Bund und Ländern.

Das Gespräch war seit längerem geplant, sei angesichts der jüngsten Ereignisse in Sachsen aber noch wichtiger geworden, betonte Steinmeier nach Angaben aus Teilnehmerkreisen.

In Chemnitz hatte ein tödlicher Messerangriff auf einen 35-jährigen Deutschen rechtsextreme Vorfälle ausgelöst.

PM/wsd



**Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier (4.v.l.) mit Experten zum Thema „Innere Sicherheit“ im Schloss Bellevue: (v.l.) Ulrich Wagner, Fachbereich Psychologie und Zentrum für Konfliktforschung, Universität Marburg; Oliver Malchow, GdP-Bundesvorsitzender; Holger Stahlknecht, turnusmäßiger Vorsitzender der Innenministerkonferenz, Minister für Inneres und Sport des Landes Sachsen-Anhalt; Holger Münch, Präsident des Bundeskriminalamtes; Hans-Jürgen Lange, Präsident der Deutschen Hochschule der Polizei.**

Fotos (2): Bundesregierung/Steffen Kugler



**Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier (l.) beim Expertengespräch: (v.l.) Ulrich Wagner, Fachbereich Psychologie und Zentrum für Konfliktforschung, Universität Marburg; Holger Münch, Präsident des Bundeskriminalamtes; Oliver Malchow, GdP-Bundesvorsitzender; Holger Stahlknecht, turnusmäßiger Vorsitzender der Innenministerkonferenz, Minister für Inneres und Sport des Landes Sachsen-Anhalt; (vorn r.) Oliver Schmolke, Leitung der Abteilung Inland im Bundespräsidialamt.**



# Hören, was die Bürger denken!

## DEUTSCHE POLIZEI in der Bundespressekonferenz

Von Wolfgang Schönwald und Michael Zielasko

**In stürmischen Zeiten wie diesen wird das Miteinanderreden immer wichtiger. Der Alltag wirft viele Fragen auf, oftmals fehlen aber kompetente Antworten und die Menschen werden mit ihren Problemen alleingelassen. Vielleicht auch deshalb pilgern jedes Jahr am letzten August-Wochenende Zehntausende Besucher zu den Tagen der offenen Tür der Bundesregierung ins Zentrum Berlins. Sie wollen im Kanzleramt, in Bundesministerien oder im Bundespresseamt Regierungschefin Angela Merkel und viele Kabinettsmitglieder aus der Nähe erleben und mit ihnen ins Gespräch kommen.**

**Unter dem Motto „Hallo, Politik“ war auch das Gebäude der Bundespressekonferenz e.V. (BPK) für interessierte zugänglich. Mittendrin als Ansprechpartner – schon traditionell – Kollegen unserer Mitgliederzeitschrift DEUTSCHE POLIZEI. Neben den Ständen bekannter Medien wie dem Fernsehsender Phoenix, Deutschlandfunk und Deutschlandradio, der Deutschen Presseagentur (dpa) oder der Zeitung „Tagesspiegel“ ist die Informationsecke der Gewerkschaft der Polizei (GdP) ein stark frequentierter Anlaufpunkt für Jung und Alt.**

Schon ein paar Minuten vor zehn Uhr öffnen sich an diesem Samstag die Türen der Bundespressekonferenz am Schiffbauerdamm an der Spree. Die Besucher strömen in das lichtdurchflutete Foyer des Hauses. Da die angekündigten Bürger-Pressekonferenzen mit Ministern der Bundesregierung im großen Saal erst später beginnen, sind die Medienstände schnell als Anlaufpunkt umringt. Kugelschreiber, Stoffbeutel, Schreibblöcke und aktuelle Tageszeitungen werden gern genommen.

### Handfesseln, Gummi-Enten und viele Fragen

Der bunte GdP-Stand mit einem weithin sichtbaren Aufsteller mit Titelseiten der Gewerkschaftszeitschrift DEUTSCHE POLIZEI fällt beim Angebot für Souvenirjäger etwas aus dem Rahmen. Wo können Krimifans schon mal im Vorbeigehen Handfesseln im Miniformat mitnehmen, Regelfreunde die rote Kelle der Verkehrspolizisten mit der Aufschrift „HALT POLIZEI“ als Einkaufschip gleich am Schlüsselbund befestigen oder Wasserenthusiasten kleine Gummi-Enten in Uniform für

das nächste Bad in Wanne oder See abstauben.

Doch an diesen beiden Tagen, das war den GdP-Kollegen bereits in der Vorbereitung klar, geht es bei den Standbesuchen der vielen

Berliner und Touristen weniger um das eine oder andere Mitbringsel, sondern eher um den Austausch von Meinungen zu den vielen Problemen in dieser bewegten Welt. Bei der Polizei stehen selbstverständlich die innere Sicherheit in unserem Land und das vielen abhanden gekommene Sicherheitsgefühl im Mittelpunkt der schnell entstehenden Diskussionen.

Ein junger Mann erkundigt sich mit Blick auf das GdP-Logo an der Standwand, „Sie sind doch die größte Polizeigewerkschaft in Deutschland“. Und nach der Bejahung erfährt er, dass die Organisation derzeit 186.000 Mitglieder zählt. Der Besucher fügt hinzu: „Es ist heute wichtig, bei allen Problemen Themen seriös anzusprechen. Es geht dabei nicht immer um die Lautstärke.“ Eine ältere Dame wirft in die Runde, „vor den Polizistinnen und Polizisten habe ich großen Respekt, was die leisten angesichts der täglichen Gewalt im Alltag und bei den vielen Demonstrationen!“

Das hört Lennart Nasko von der JUNGEN GRUPPE (GdP) aus Bremen



**Volle Hütte: Das BPK-Mitarbeitererteam musste häufiger interessierte Gäste so lange vertrösten, bis wieder ein Stuhl im Saal mit der blauen Wand frei wurde. Foto: Zielasko**





**TV-Teams „lauerten“ angesichts der Politiker-Promidichte auf frische O-Töne.**  
Fotos (4): Zielasko

gern, der am Stand in seiner Polizeiuniform das Kommen und Gehen interessiert verfolgt. Er hat auf der GdP-Facebook-Seite die Ankündigung für diese Medientage gelesen und spontan in unserer Berliner Geschäftsstelle angefragt, ob er da mal vorbeikommen kann. Jetzt wird er gleich in die Gespräche mit einbezogen, bekommt auch Fragen gestellt. Später wird er auch die Ausführungen des Bundesinnenministers im Saal verfolgen.

**E**ine junge Frau schmunzelt beim Griff nach einer Ente auf dem Tisch: „Was macht die Gewerkschaft der Polizei eigentlich hier bei den Medien?“. Das wunderte viele an diesem Wochenende. Die Erklärung: Die hauptamtlichen Mitarbeiter der GdP-Mitgliederzeitschrift sind als Gäste der



**Bundesfinanzminister Olaf Scholz sorgte mit seinem Rentenvorschlag für Koalitionsknatsch. In seiner Pressekonferenz wurde er dann auch von den Bürgern zur Alterssicherung ausgequetscht.**



**Die Vize-FDP-Chefin Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann präsentierte sich nach dem TV-O-Ton am GdP-Stand den Bürgern gänzlich unweitel. „Sie werden sich vielleicht an mich erinnern. In der Nacht nach den gescheiterten Jamaika-Verhandlungen war ich die blasse Frau neben Christian Lindner“, stellte sie sich schmunzelnd vor.**

Bundespressekonferenz registriert. Sie nehmen zum Informationsgewinn regelmäßig an Statements von Ministerien und Sicherheitsbehörden teil, ob Bundesinnenministerium, Bundeskriminalamt oder Verfassungsschutz. Und auch der Bundesvorsitzende der GdP gehörte schon mehrmals zu den Eingeladenen der Hauptstadtresse, um über aktuelle Probleme der Polizei und damit auch die aus Gewerkschaftssicht nötigen Reaktionen in Sachen Sicherheit zu berichten.

### Seehofer im Fragefeuer

Inzwischen hat sich eine schnell wachsende Besucherschlange vor dem

noch abgesperrten Aufgang zum großen Saal der BPK gebildet. In gut einer halben Stunde stellt sich Bundesinnenminister Horst Seehofer in dem Raum, in dem Politiker nach eigenem Bekunden oftmals von den Journalisten gegrillt werden, den Fragen der Bürger. Der Andrang ist sehr groß, auch viele junge Leute sind gekommen. Später wird jeder Platz im Saal besetzt sein, einige dürfen sogar am Rand stehend daran teilnehmen. Für zig weitere bleibt nur der große Bildschirm im Foyer, auf dem die „Pressekonferenz“ (PK) verfolgt werden kann.

Es ist der erste Auftritt des Ministers nach der politischen Sommerpause. Der

moderierende Journalist warnt aus Sorge vor Krawall zu Beginn, er werde bei unstatthaftem Benehmen notfalls von seinem Hausrecht Gebrauch machen.



**Bundesumweltministerin Svenja Schulze äußerte sich in der „Bürger-Pressekonferenz“ ebenfalls zum Forst-Konflikt im rheinischen Braunkohle-Abbaugelände. Gewalt sei kein Mittel der Auseinandersetzung“, sagte die SPD-Politikerin. Mehrere Einsatzkräfte sind bei polizeilichen Maßnahmen dort bisher verletzt worden.**





**Der Auftritt von Bundesinnenminister Horst Seehofer produzierte die größte Warteschlange sowie einen für die Bundespressekonferenz ungewöhnlichen Bedarf an sogenannten Selfies.**



**Der Bremer Junge-Gruppe-Kollege Lennart Nasko nutzt seinen Aufenthalt am GdP-BPK-Stand für einen Besuch der Seehofer-Bürger-Pressekonferenz.**

Übrigens keineswegs eine leere Drohung, wie Besucher einer anderen PK miterleben werden. Beschimpfungen muss sich der Innenressortchef aber dann keine anhören. Es gibt letztlich mehr Fragen, als die Zeit es zulässt.

Mancher Gast ist auch hartnäckig und an ganz aktuellen Zusammenhängen interessiert. Warum der CSU-Innenminister immer noch nicht Stellung zum Polizeiskandal in Sachsen bezogen habe, will ein Besucher wissen. Er bezieht sich auf den Fall eines Mitarbeiters des sächsischen Landeskriminalamtes, der bei einer Demonstration von Pegida-Anhängern

ein ZDF-Team angepöbelt hat, weil seine Persönlichkeitsrechte angeblich durch Filmaufnahmen verletzt würden, was bekanntlich bei einer Demonstrationsteilnahme nicht der Fall ist.

Seehofer weicht aus. „Ich bin eigentlich noch im Urlaub, und ich habe keine direkten Informationen“, sagt er. Welche Maßnahmen plane der Minister gegen rechte Tendenzen bei der Polizei, bleibt der Besucher hartnäckig. Dinge „aus der Hüfte heraus“ zu beurteilen, sei nicht sein Fall, so der CSU-Politiker. Er warte „saubere Informationen“ ab, um sich eine Meinung zu bilden. Unabhängig davon



**Journalist und BPK-Mitglied André Spangenberg bewies wahre Entertainer-Qualitäten bei der Moderation durch den Tag der offenen Tür. Fotos (3): Zielasko**

aber „muss die Pressefreiheit zweifelsfrei gewahrt werden“. Die Macht brauche „immer Gegenmacht“. Auch wenn er sich „oft“ über Journalisten ärgere. Aber Macht brauche eben Kontrolle, „auch ich muss kontrolliert werden“.

### Innenminister will twittern

Und schon die nächste Wortmeldung: Warum Seehofer künftig vorhaben zu twittern, obwohl er doch „nicht aus der Hüfte schießen“ wolle. „Ich will das nicht so machen wie der amerikanische Präsident“, meint der Innenminister. Aber gegen falsche Berichte könne man sich oft nicht anders als im Internet wehren. Er werde dies jedoch nur nach „sachlicher Vorprüfung“ tun. „Ich habe im Übrigen nicht gesagt, ich kann mit der Kanzlerin nicht zusammenarbeiten“, betont Seehofer später, das seien „Fake News“.

Dann fragt ein junger Mann, wie der Minister sich das Ende seiner Karriere vorstelle. „Schmerzfrei“, sagt Seehofer und erinnert an 2013, als er angekündigt habe, nur noch für eine Legislaturperiode bereitzustehen. Ein Fehler, räumt er ein. Denn sofort hätten die „zu scharren“ begonnen, die sich zum Nachfolger berufen fühlten. Solange er „überzeugt“ sei, fügt der Minister hinzu, solange ihm niemand sage, „jetzt wirst du tatterig, kannst

dich nicht mehr klar artikulieren, womöglich liegen schon Anfangszustände von Demenz vor“ – so lange dies nicht der Fall sei, bleibe er auf dem Posten.



Nach gut einer Stunde muss der Moderator die Fragestunde beenden, weil die nächste Politikerin schon wartet. Die Besucher scheinen zufrieden den Saal zu verlassen. Die Grünen-Fraktionsvorsitzende Katrin Göring-Eckardt und Seehofer treffen sich auf halber Treppe. Blitzlichtgewitter, Fernsehkameras, Ton-Arme, während die Grünen-Fraktionsvorsitzende und der Christoziale ein paar wenige Worte wechseln – politischer Alltag in Berlin, heute unter den Augen vieler Besucher.

### Demonstrationen von Montag bis Freitag

Am GdP-Stand wird die Fragerunde gleich fortgesetzt. Ein älterer Herr will wissen, „Wie sehen Sie als Gewerkschaft der Polizei eigentlich die Sache in Dresden mit der Demo und den Journalisten, wird wohl in den Medien etwas überzogen hochgespielt.“ So macht er seinen Standpunkt gleich



**Innere und äußere Sicherheit im Gespräch: Eleonore Petermann, Sprecherin des Bundesinnenministeriums, mit Fregattenkapitän Frank Fähnrich, Sprecher im Verteidigungsministerium für Grundsatzangelegenheiten und Grundlagen der Pressearbeit der Bundeswehr.**

lastet werden“, zeigt ein Mittfünfziger Verständnis. Einen Vorschlag, wie das verändert werden könnte, hat der engagierte Besucher auch gleich bei der Hand. „Ich würde Demonstrationen nur noch von Montag bis Freitag, 8 bis 18 Uhr, erlauben. Ihre Kolleginnen und Kollegen müssen doch auch mal ein vernünftiges Wochenende haben.“ Und die derzeitige Ausstattung hält er ebenfalls für nicht zeitgemäß. Denn: Die Polizei sollte immer das Modernste bekommen. „Schließlich tragen Ihre Kollegen doch ihre Haut zu Markte“, setzt er nach. Große Kontroversen kann er am GdP-Stand damit nicht entfachen. Auch andere Besucherinnen und Besucher nicken zustimmend. Einmal warm geworden, schwingt er sich zu einem fast revolutionären Vorschlag auf. „Ich finde, jeder Polizeibeamte sollte mindestens 5.000 Euro bekommen. Die Aufgabe ist so schwierig, das haben sie verdient!“ Was an anderer Stelle dann weiter zu debattieren wäre ...



**DP-Redakteur Wolfgang Schönwald im Gespräch mit interessierten Stand-Besucherinnen. Foto (3): Zielasko**

deutlich. Es sei wohl nicht alles glücklich gelaufen bei der Kontrolle der Presseausweise, hört er als Antwort. Andererseits habe auch ein Tarifbeschäftigter des Landeskriminalamtes das Recht, seine Meinung frei zu äußern, so die GdP-Position. Aber: „Er darf nach dem Mäßigungsgebot nicht einfach Parolen grölen oder fragwürdige Transparente hochhalten.“ Kein Verständnis gebe es für den Begriff „Pegizei“. Die Polizei bilde einen

Querschnitt der Gesellschaft ab. „Solange die AfD und Pegida nicht als klar verfassungsfeindlich eingestuft sind, darf auch ein Polizeibesetzter Anhänger dieser Partei und Gruppierung sein, dies jedoch vor dem Hintergrund des Mäßigungsgebots.“

Anderer Standbesucher sprechen die beiden DP-Redakteure auf die hohe Belastung der Polizistinnen und Polizisten an. „Also, ich finde, dass wir im Moment vor allem von Hybridpolizisten sprechen sollten. Die Beamten sollen irgendwie alles können, das auch noch gleichzeitig und natürlich 24 Stunden lang. Die müssen doch ent-



**Sie waren die heimlichen Stars des diesjährigen Tages der offenen Tür in der Bundespressekonferenz. Die GdP-Polizei-Enten schwammen auf einer Welle der Sympathie.**





**Auch BPK-Besucher wurden zu aktuellen politischen Themen „vernommen“.**  
Fotos (4): Zielasko

### Politische Aktion

Im großen Saal mit der TV-bekannteren blauen Wand herrscht mittlerweile wieder dichtes Gedränge. Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU) hat sich angekündigt. Nach wenigen Minuten kommt es zu einer politischen Aktion. Klimaaktivistinnen setzen sich für den Erhalt des Hambacher Forstes in Nordrhein-Westfalen ein. Sie haben T-Shirts mit Slogans wie „Hambi bleibt“ beklebt. Bei ihrer ersten Frage stehen sie gemeinsam



**„Jedenfalls nicht gerne, und nur, wenn ich muss. Wenn ich fliege, kommt mein Körper immer erst ein bisschen später an“, antwortete die Fraktionschefin von Bündnis90/Die Grünen, Katrin Göring Eckardt, auf die Frage einer Bürgerin, die wissen wollte, warum die prominente Politikerin für relativ kurze Strecken nicht generell den Zug nimmt. Sie versuche aber durch Spenden, ihren ökologischen Fußabdruck zu kompensieren.**

auf, werden aber gleich aufgefordert, sich hinzusetzen oder zu gehen. Sie kommen der ersten Bitte nach, trotzdem erwartet die Protestierenden nach Ende dieser Veranstaltung die Polizei. Die Hausherren erteilen ihnen ein Hausverbot. Polizisten begleiteten sie dann vor die Tür.

Schon zuvor hatte sich Bundesumweltministerin Svenja Schulte kritische Fragen zu „Hambi“ gefallen lassen müssen. Sie vertraue in erster Linie der Arbeit der sogenannten Kohlekommission. Im Konflikt um das



Abholzen der alten Eichen müsse jedoch versucht werden, einen Konsens zu erzielen. Sie appellierte an die in Essen beheimatete Konzernzentrale der RWE AG, Störfeuer zu unterlassen.



**Wenn es um die Gesundheit geht, dann kann und will fast jeder mitreden. Die Pressekonferenz von Bundesgesundheitsminister Jens Spahn ging in die Verlängerung.**

„Ich bin aber auch nicht davon überzeugt, dass ein zu schneller Ausstieg aus der Kohle der richtige Weg ist“. Sie befürchte, dass es dann zu massiven Arbeitsplatzverlusten komme. „Zunächst sollten wir uns bemühen, Perspektiven für die zahlreichen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in diesem Energiezweig zu entwickeln.“ Besonders vor den angekündigten „Bürger“-Pressekonferenzen der Minister füllt sich das lichtdurchflutete Foyer der Journalistenhochburg. Die Hausherren werden am Ende von rund 3.000 Besuchern sprechen, die an beiden Tagen einen Blick in diese sonst den Bürgern verschlossen bleibenden Räumlichkeiten werfen konnten.

**Friedlicher, jedoch in der Bundespressekonferenz untersagter Protest, in diesem Fall gegen die mögliche Rodung des Hambacher Forstes im rheinischen Braunkohle-Abbauggebiet.**





**Dr. Gregor Mayntz, Korrespondent der „Rheinischen Post“ und Vorsitzender der Bundespressekonferenz (BPK), erläuterte den zahlreichen Besuchern Geschichte, Sinn und Zweck der BPK. Über die spätere Protestaktion zur Rettung des Hambacher Forstes zeigte er sich „not amused“.**

### **Statement des Vorsitzenden der Bundespressekonferenz, Dr. Gregor Mayntz, Journalist der „Rheinischen Post“:**

„Wir haben als Gastgeber eine besondere Verantwortung für die Sicherheit unserer Gäste und deshalb auch eine gründliche Taschenkontrolle am Eingang eingerichtet. Als im Saal plötzlich zahlreiche Aktivisten aufsprangen, fühlten wir uns sofort an einen Vorgang vom Jahresbeginn erinnert, als ebenfalls Aktivisten unsere Regeln missachtet und eine Mitarbeiterin weggeschubst hatten.“

Wir waren deshalb sehr dankbar, dass die Polizei binnen kürzester Zeit zur Stelle war und sich bereithielt, gegebenenfalls einzugreifen. Dass die Aktivisten keine weiteren Aktionen starten würden, stand ihnen nicht auf die Stirn geschrieben.

Die schnelle Polizeipräsenz wirkte sicherlich auch vorbeugend auf Zuschauer, die möglicherweise auf den Gedanken kommen könnten, die weltweit einmalige Institution ähnlich missbrauchen zu wollen. Die Bundespressekonferenz ist und bleibt ein Ort der Information. Es geht um Fragen und Antworten und nicht um politischen Aktionismus.“



**Die GdP-Ententruppe ließ viele Besucher einfach zugreifen.**

### **Von Haltestellen bis Verkehrskontrollen**

Jetzt nimmt auch in der GdP-Ecke der Andrang wieder zu. Und die Fragen. Warum eigentlich kontrolliert die Polizei heute so selten den Straßenverkehr?“, will ein Mann mittleren Alters wissen, der sich gleich als passionierter Radfahrer hier in der Hauptstadt outet. Die Aggressivität auf den Straßen, so fügt er noch hinzu, habe deutlich zugenommen. Sein Nebenmann fühlt sich herausgefordert und wirft ein, aber auch die Radfahrer seien ein großes Problem. Sie hielten sich oft nicht an

höllisch aufpassen, dass man nicht beim Aussteigen umgefahren wird. Warum geht die Polizei dagegen nicht mehr vor? Im Streifenwagen würden aber diese Gefahrensituationen wohl kaum wahrgenommen. Deshalb finde er, so der Besucher, die Fahrradstreifen sehr gut. Die Polizisten seien mittendrin, so führe ihre Tätigkeit auch zu mehr Sicherheit für die Bürger, denke er.

Die interessierten Besucher erfahren, dass die GdP die Verkehrslage ebenfalls kritisch sieht. Deshalb fordert sie, dass der Verkehrssicher-



die Verkehrsregeln, beobachte er immer wieder. Gerade in Haltestellenbereichen der Straßenbahn müsse man

**Auch eine Kollegin sowie Kollegen der Berliner Polizei schauten am GdP-Stand vorbei.**

**Fotos (3): Zielasko**



## TAG DER OFFENEN TÜR



(v.r.) Ihre Sicht auf Deutschland stellten die Vertreter des „Vereins der ausländischen Presse in Deutschland e. V.“, Natalia Fiebrig (Ukraine), Georgios Pappas (Griechenland) und Erik Kirschbaum (USA) dar.

Fotos (5): Zielasko

heitsarbeit wieder ein höherer Stellenwert als derzeit eingeräumt wird. Dies verlangt jedoch Kontinuität und auch spürbare Sanktionen. Insbesondere re-

gelmäßige anlassfreie Kontrollen sind langfristig wirksam, weil dort bei Gesprächen wichtige Verkehrssicherheitsaspekte verdeutlicht werden können. Und die Gewerkschaft bleibt bei der Auffassung, dass die Aufnahme von Verkehrsunfällen Aufgabe der Polizei ist, da dadurch auch andere Delikte aufgedeckt werden können, wie Alkohol im Straßenverkehr oder „Unfallrepler“. Die Argumente werden von den Besuchern angenommen.

Da tritt eine Frau an den Stand mit der Bitte: „Haben Sie denn auch Materialien zum Polizeiberuf und zur Ausbildung, mein Sohn interessiert sich dafür?“ Sie kommt aus Baden-Württemberg und erhält den Tipp, sich an die dortigen Polizeibehörden zu wenden. Auch andere Standbesucher sind an Informationen über schulische und gesundheitliche Voraussetzungen für



Auch Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier, den einige BPK-Gäste schon im letzten Jahr als unterhaltsamen Redner kennengelernt hatten, geht hier und da in sich.



Regierungssprecher Steffen Seibert atmet noch einmal durch, bevor die traditionell gut besuchte Fragestunde mit den Sprechern des Kanzleramtes und der Ministerien eröffnet wird.



Mit dem Leitspruch „Neue Perspektiven entdecken“ begrüßte Brandenburg Autofahrer, die das Land Fontanes bereisten. Heute heißt es: „Es kann so einfach sein“. Für den Kameramann ist dies jedoch eine ständige Herausforderung.



Mitglieder des Petitionsausschusses des Deutschen Bundestages beantworteten geduldig die zahlreichen Fragen des Auditoriums: (v.r.) Marian Wendt (Vorsitzender), Martina Stamm-Fibich (stellvertretende Vorsitzende) und Johannes Huber (Obmann).

den Beruf interessiert. Fazit: Der Polizistenberuf steht nicht nur in Rankings auf der Vertrauensskala nach wie vor ganz oben, auch das Interesse an der Polizei bleibt groß. Das zeigen nicht zuletzt die Bewerberzahlen in Bund und Ländern. Am Ende dieser beiden Tage kommt ein 82-jähriger Mann an

unseren Stand. „Ihr seid von der Polizei, ihr könnt mir bestimmt helfen“, sagt er. „Ich wohne im Hotel Moa und weiß jetzt als Berlin-Tourist gar nicht, wie ich da am besten hinkomme“, so der ältere Herr im bayerischen Dialekt. Ihm kann geholfen werden.



# Allein gelassen

**Wenn Kinder mit einem Elternteil aufwachsen, fehlt oft das Geld. Diese Familien müssen besser unterstützt werden, doch Politiker haben sie kaum im Blick.**

Scheidungen sind nicht nur ein persönliches Drama, sondern auch ein Armutsrisiko. In 90 Prozent der Fälle bleiben die Kinder nach einer Trennung bei der Mutter, die Väter werden zum Unterhalt verpflichtet. Für beide Ex-Partner fallen höhere Kosten an, bei der Haushaltsführung und für getrennte Wohnungen. Vor allem Frauen müssen die zusätzlichen Belastungen meistern. Wenn die Kinder noch sehr klein sind, ist es für Mütter besonders schwierig, zwischen Betreuung und Erwerbstätigkeit zu balancieren.

Die Politik zielt im Kern auf die intakte Familie: Vater, Mutter, Kind. Das zeigte sich im Bundestagswahlkampf: In den Parteiprogrammen standen fast nur Vorschläge, von denen die Mittelschicht profitiert: mehr Kindergeld, Unterstützung beim Erwerb einer Immobilie, höhere Steuerfreibeträge. Alleinerziehende haben davon oft nichts. Über ein Drittel von ihnen, fast 40 Prozent, sind auf Hartz IV angewiesen. Andere Zahlungen aber werden auf diese Leistung angerechnet.

Auch die im Koalitionsvertrag angekündigten Vorhaben der Regierung haben Ein-Eltern-Familien wenig im Blick. Von der geplanten Abschaffung des Solidaritätszuschlags profitieren Alleinerziehende kaum. Lohn- oder Einkommensteuer zahlen sie wegen ihres geringen Verdienstes meist sowieso nicht. Und vom Kauf einer eigenen Wohnung, den das vorgesehene „Baukindergeld“ erleichtern soll, können sie mangels Rücklagen nur träumen.

## Fünfmal häufiger arm

2016 schlug eine Studie der Bertelsmann-Stiftung in Kooperation mit der Hochschule Darmstadt Alarm. Demnach zufolge hat sich die Situation von Alleinerziehenden im letzten Jahrzehnt deutlich verschlechtert. Sie erhalten inzwischen fünfmal häufiger Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch II als Paarhaushalte mit Kindern. 42 Prozent von ihnen verdienen weniger als 60 Prozent des Durchschnittseinkommens. Nach den Kriterien der Europäischen Union beginnt bei dieser

Grenze das Armutsrisiko. Für Alleinerziehende ist das Risiko seit 2005 um 6,6 Prozent gestiegen. In Familien, wo Vater und Mutter in einem gemeinsamen Haushalt leben, ist es um 11,7 Prozent gesunken.

Insgesamt 2,3 Millionen Heranwachsende leben bundesweit mit einem Elternteil, rund eine Million davon gelten als bedürftig. „Kinderarmut ist ganz wesentlich auf die Armut von Alleinerziehenden zurückzuführen“, betont Jörg Dräger vom Vorstand der Bertelsmann-Stiftung. Er fordert „gezielte Maßnahmen, um mehr Bildungs- und Teilhabechancen für die betroffenen Kinder zu ermöglichen“. Die Studie sieht in ausbleibenden Unterhaltszahlungen die zentrale Ursache dafür, dass Ein-Eltern-Familien nicht über die Armutsgrenze hinaus kommen. Immerhin 61 Prozent, der überwiegend betroffenen Mütter, sind erwerbstätig – wenn auch meist in Teilzeit, um Beruf und Familie vereinbaren zu können.

## Steigende Wahrscheinlichkeit der Bedürftigkeit

Bei Alleinerziehenden mit mehr als einem Kind steigt die Wahrscheinlichkeit der Bedürftigkeit um weitere 50 Prozent, hat der letzte Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung festgestellt. Das Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung geht in einer Expertise noch weiter: Die Wissenschaftler fordern eine Kindergelderhöhung um 100 Euro monatlich, die auf Alleinerziehende beschränkt ist. Diese spezifische Maßnahme, so die Autoren, wäre effektiver als die allgemeine Ausweitung familienpolitischer Leistungen, die vor allem Gutverdienende durch Steuervorteile fördere.

Finanzielle Unterstützung für „vollständige“ Mittelschichtsfamilien hat in Deutschland weiterhin Priorität. Die öffentliche Infrastruktur reicht nicht aus, Kitaplätze sind immer noch nicht überall kostenlos, die Versorgung für unter Dreijährige bleibt trotz Rechtsanspruch hinter den Planungen zurück. Von einer verlässlichen Ganztagsbetreuung in Kindergarten und Schule kann vor allem im ländlichen Raum der westlichen Bundesländer kaum die Rede sein. Auch diese Rahmenbedingungen, die eine Vollzeit-Erwerbstätigkeit nahezu unmöglich machen, tragen zu den hohen Armutsquoten der Alleinerziehenden bei.

**Thomas Gesterkamp**



\*\*Gültig vom 20.08. bis 31.10.2018

MIT SHOPS IN  
**BERLIN · LEIPZIG  
MÜNCHEN · WIEN**

**COP®**

**1 Macronic®  
USB Akku-Taschen-  
lampe Sniper 3.3**

Art.-Nr. MT-THH0063  
Leuchtwerte: bis zu 205 m  
inklusive Akku.

**AKTIONSPREIS\*\*  
€ 79,90  
statt 99,99\***

**Macronic**

**1000 Lumen**



**AKTIONSPREIS\*\*  
€ 39,90  
statt 54,99\*\***

**2 Umhänge-  
tasche COP® MB7**  
Art.-Nr. 2000075  
Material: 100 % Polyester  
Links- oder Rechtshänder

**AKTIONSPREIS\*\*  
€ 39,90  
statt 59,99\*\***

**3 Umhänge-  
tasche COP® MB7**  
**POLIZEI**  
Art.-Nr. 2000075-P  
+ 1 Stk. Nicht-Reflex Folie  
POLIZEI, klein.

\* kann nur von Behörden / Einrichtungen / Personen mit entsprechender Legitimierung erworben werden!

**4 SAFARILAND® 576  
GLS™ PRO-FIT™  
7TS Gürtelholster**

Art.-Nr. SL576-283CO-411-50  
Mit der patentierten GLS™-  
Sicherung (Grip Locking System).  
Mit Ausschnitt am Korn.  
für Rechts- oder Linkshänder

z.B. für H&K P2000/P30/SFP9, Walther P99/P99Q/PPQ

**SAFARILAND**

**AKTIONSPREIS\*\*  
€ 49,90  
statt 65,99\***



**AKTIONSPREIS\*\*  
€ 159,90  
statt 199,99\***

**5 CANNAE PH  
Rucksack mit  
Helmhalterung  
CANPHALL-S**  
Größe: 57 x 42 x 16 cm  
Material: 500D Cordura®  
Nylon  
Gewicht: 2 kg

**6 Under Armour®  
Tactical T-Shirt**

Art.-Nr. UA12796395-Gr. (schwarz)  
Art.-Nr. UA12796390-Gr. (oliv)  
Farben: schwarz, oliv  
Größen: S - 3XL  
Material: 91 % Polyester,  
9 % Elasthan

**allseasongear**  
FÜR DAS GANZE JAHR

**AKTIONSPREIS\*\*  
€ 59,90  
statt 85,99\***



**7 Einsatzstiefel  
Original S.W.A.T.®  
1150 EN**  
Art.-Nr: 811150EN-Größe  
Größen: EU 38 - 48

**ORIGINAL  
S. W. A. T.®**

**AKTIONSPREIS\*\*  
€ 99,90  
statt 149,99\***



**8 Einsatzstiefel  
Original S.W.A.T.®  
1152 Side Zip**  
Art.-Nr: 811152-Größe  
Größen: EU 40 - 47

**Schnelleinstieg  
durch YKK  
Seitenreißverschluss.**

**AKTIONSPREIS\*\*  
€ 99,90  
statt 129,99\***

**ORIGINAL  
S. W. A. T.®**



\* Frühere unverbindliche Preisempfehlung des Herstellers. \*\* ehemaliger Verkäuferpreis  
\*\* Angebote / Aktionspreis gültig vom 20. August bis 31. Oktober 2018

**COP Vertriebs-GmbH** · Klenauer Straße 1a · 86561 Oberweilenbach · Germany  
Telefon +49(8445)9296-0 · Fax +49(8445)9296-50 · E-Mail service@cop-gmbh.de

**www.cop-shop.de**



## Willkommen in der GdP-Web-Familie

Der Online-Kreis hat sich geschlossen, alle sind drin! Seit Anfang September erscheint nun die Webseite des Bezirks Bundespolizei im einheitlichen GdP-Design, der als letzter der GdP-Landesbezirke die Umstellung vorgenommen hat. Auch für die Bundespolizei liegen die Vorteile klar auf der Hand: Die eindeutige „Handschrift“ der GdP, Wiedererkennbarkeit, höhere Nutzerfreundlichkeit und noch besserer Service für die Mitglieder.

Allerdings stehen für die Bundespolizei in den kommenden Wochen noch große Herausforderungen an: Denn der Bezirk mit rund 25.000 Mitgliedern bundesweit in Bundespolizei, Zoll und BAG verfügt auch über rund 80 Untergliederungen. Diese gilt es nun ebenfalls im neuen Design zu präsentieren.

**mzo/Anja Scheuermann**



**Screenshot: Zielasko**

## Info-Austausch

### Kolleginnen und Kollegen nicht verheizen

Bei einem Treffen in der Berliner Bundesgeschäftsstelle diskutierten GdP-Bundesvorsitzender Oliver Malchow (im Bild links) und GdP-NRW-Chef Michael Mertens über den Polizeieinsatz im Hambacher Forst in Nordrhein-Westfalen.

Für beide ist klar, dass unsere Kolleginnen und Kollegen nicht verheizt werden dürfen, während Politik und Wirtschaft bereits den Ausstieg aus der Braunkohle planen. **red**



**Foto: Zielasko**

## GdP auf erstem Creative Bureaucracy Festival in Berlin

**Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) hat das Anfang September erstmals in Berlin veranstaltete Creative Bureaucracy Festival als Partner mit ihrem Logo unterstützt. Organisiert von der Zeitung „Tagesspiegel“ ging es an zwei Tagen in der Humboldt-Universität um Innovation und Sicherheit.**

**Der GdP-Bundesvorsitzende Oliver Malchow verwies auf einem Forum darauf, dass sich „die Polizistin oder der Polizist der Zukunft weiteren, heute womöglich noch nicht denkbaren Herausforderungen stellen muss“.**

„Wir haben uns als Gewerkschaft längst gefragt, wie die Arbeitswelt der Polizei beschaffen sein sollte. Innerhalb der Polizei heißt es in solchen Fällen, vor die Lage zu kommen. Antworten zu entwickeln, bevor absehbare Fragen ab morgen Realität werden.“

Unabhängig von Digitalisierungsprozessen oder immer mobileren Tätern sei er sich sicher, so Malchow, dass unsere Kolleginnen und Kollegen weiterhin aus Fleisch und Blut beste-





hen werden. „Sie werden auch künftig Erfahrung, Fachwissen, Instinkt, Empathie, Durchsetzungsvermögen und ein robustes Nervenkostüm benötigen.“ Vor diesem Hintergrund sieht die Gewerkschaft ihre maßgebliche Rolle darin, die Polizistinnen und Polizisten darin zu unterstützen, dass ihre Arbeitsbedingungen human bleiben, sie gut geschützt sind und sie nicht von Technik oder Technikgläubigkeit dominiert werden, wie er in einer Frageunde interessierter Zuhörer sagte.

Der GdP-Bundesvorsitzende war einer von mehr als 160 Speakern, die sich bei ihren Vorträgen mit wichtigen Bereichen der Gesellschaft auseinandergesetzt haben. Eine funktionierende, einfallsreiche öffentliche Verwaltung ist dem Veranstalter zufolge eine der besten Versicherungen gegen Politikverdrossenheit, Zynismus und Radikalisierung. **wsd**



**Der GdP-Bundesvorsitzende Oliver Malchow bei der Beantwortung von Fragen.**

**Foto: Schönwald**

## Hoher Besuch auf dem Polizeifest Dresden

**Mit den Worten „Fahren wir oder fahren wir nicht, dass ist hier die Frage“ – frei nach William Shakespeare – eröffnete Sachsens Landesvorsitzender Hagen Husgen das diesjährige GdP-Polizeifest auf dem Elbschiff „August der Starke“. Kurz vor dem Start gab es das große Aufatmen: Wir fahren durch das schöne Elbtal!**

Herzlich willkommen an Bord wurden im August Sachsens Ministerpräsident Michael Kretschmer und Innenminister Roland Wöller. Aber auch aus Polizeiführung und den Fraktionen konnte die Landes-GdP viele Gäste begrüßen. Von den Po-

lizeipräsidenten Horst Kretschmar und Torsten Schultze bis hin zu den innenpolitischen Sprechern Albrecht Pallas (SPD), Enrico Stange (Linke) und Christian Hartmann (CDU) waren jede Menge Gesprächspartner dabei, nicht zu vergessen 'last but not least'

der Bundesvorsitzende Oliver Malchow. So war das Polizeifest 2018 vor allem geprägt von vielen intensiven Gesprächen und der Erkenntnis, dass die Gewerkschaft in Punkto sicheres Sachsen weiterhin gut zusammenarbeiten will und wird.

In seinen Eröffnungsworten sprach der Ministerpräsident viele Dinge an, die der GdP Sachsen schon lange unter den Nägeln brennen, von der Kennzeichnungspflicht bis zum neuen Polizeigesetz. „Wir dürfen gespannt sein“, so Husgen. **red/PM**



**Interessante Gespräche führten Sachsens GdP-Landesvorsitzender Hagen Husgen (l.) und der sächsische Ministerpräsident Michael Kretschmer ...**



**... und der GdP-Bundesvorsitzende Oliver Malchow (m.) mit dem sächsischen Innenminister Roland Wöller (r.).**

**Fotos (2): Stefanie Meyer**





## BTK-Mitglieder beraten über Ideen für künftige Kampfmaßnahmen

Ideen für eine bessere Aktions- und Demobereitschaft standen im Mittelpunkt einer Sitzung der GdP-Bundestarifkommission unter Leitung von Kerstin Philipp, im GBV für Tarif zuständig. Die Mitglieder berieten Mitte September in der Berliner Bundesgeschäftsstelle. Zu Beginn sprach GdP-Chef Oliver Malchow.

Auch öffentlichkeitswirksame Maßnahmen am Rande der Verhandlungen für den Öffentlichen Dienst im kommenden Jahr waren Thema der letzten Sitzung des Gremiums vor dem Bundeskongress Ende November.

Kollegin Maggi Relet aus Rheinland-Pfalz nahm das letzte Mal teil. Sie arbeitete seit November 2006 in der BTK mit und scheidet nun aus. Danke für Dein langjähriges aktives Mitwirken!

wsd



Foto: Treuber

## GdP und DFB sprechen über Sicherheit bei Fußballspielen

**Der GdP-Bundesvorsitzende Oliver Malchow und der Sicherheitsbeauftragte des Deutschen Fußball-Bundes (DFB), Hendrik Große Lefert (im Bild rechts), trafen sich Mitte September in der Berliner Bundesgeschäftsstelle. Bei dem Gespräch ging es unter anderem um das geplante Sicherheitsgesetz für private Dienstleister, die eine wichtige Rolle beim Fußball spielen.**

Der Gewerkschaftschef machte zugleich deutlich, dass die GdP an ihrem Nein zur Beteiligung der Fußballvereine an den Kosten von Polizeieinsätzen festhält, weil dies aus grundsätzlichen Erwägungen nicht zielführend ist und die eingenommenen Mittel nicht der Polizei zur Verfügung gestellt würden.

Größe Lefert stellte die umfangreichen Bildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen sowie die Zertifizierung des Sicherheitsmanagements im Fußball vor. Anschließend überreichte er Malchow ein Plakat der DFB-Kampagne unter dem Motto „United by Football“ (siehe Foto), mit der auf die Fußball-Europameisterschaft 2024 verwiesen wird. Deutschland und die Türkei bewerben sich um die Ausrichtung. Die Entscheidung sollte am 27. September (nach Redaktionsschluss dieser Ausgabe) bei einer Abstimmung der Uefa fallen. wsd



Foto: Richter





## Malchow: Manko bei der OK-Bekämpfung sind kurze Wege und rechtlicher Rahmen

**Komplexer Kriminalität kann nur erfolgreich mit komplexer Polizeiarbeit begegnet werden, sagte der Bundesvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Oliver Malchow, im August bei der Vorstellung des Lagebildes „Organisierte Kriminalität (OK)“ durch das Bundeskriminalamt (BKA) in Wiesbaden.**

„International vernetzte Verbrecherorganisationen nutzen offenbar zunehmend Schwachstellen in der grenzüberschreitenden Kriminalitätsbekämpfung. Das Herstellen der benötigten Augenhöhe zwischen Polizei und OK-Tätergruppierungen bei den Ermittlungen ist für entscheidende Erfolge im Kampf gegen das organisierte Verbrechen dringend notwendig, aber oftmals noch Wunschdenken“, betonte Malchow.



Foto: Boris Roessler/dpa

### Schon vieles besser, aber ...

Es sei zwar zu unterstützen, dass das BKA dabei eine Vorreiterrolle einnehmen wolle, es reiche aber nicht aus, nur hierzulande in Personal und Technik

zu investieren. Die Herausforderung bestehe vor allem darin, international abgestimmte Rahmenbedingungen einer effizienten OK-Bekämpfung zu schaffen. Schließlich hätten 80 Prozent aller OK-Verfahren internationale Bezüge. „Die Polizeien insbesonde-

re in Europa, brauchen kurze Wege, vergleichbare rechtliche Voraussetzungen und verlässliche Ansprechpartner. Hier hat sich in den letzten Jahren zwar schon vieles verbessert, jedoch dauert die internationale Koordination zwischen den jeweiligen Polizei- und Justizbehörden noch zu lange“, stellte der GdP-Chef fest.

Während Schwerkriminelle per Smartphone Verabredungen für Drogen-, Waffen- und Finanzgeschäfte treffen, kämpfen Malchow zufolge die Ermittler hierzulande noch mit dem Problem, beispielsweise verschlüsselte Messengerdienste knacken zu müssen oder werden durch rechtlich vorgegebene Verwaltungswege bei Behördenanfragen gebremst.

„Die Polizei muss in die Lage versetzt werden, qualifiziertes Personal für die vielschichtige Herausforderung von OK-Ermittlungen gewinnen zu können. Vor allem im Bereich der Bekämpfung von Cyberkriminalität bietet der öffentliche Dienst noch deutlich zu wenige Anreize, um im Wettbewerb mit der freien Wirtschaft bestehen zu können“, verdeutlichte er. **red**

Anzeige



# PMRExpO

## NETZWERK SICHERE KOMMUNIKATION

### 27. bis 29. Nov. 2018, Koelnmesse

- Fachmesse • Summit Sichere Kommunikation
- Sichere Kommunikation für die Energiewirtschaft
- Täglich wechselnde Fachforen • PMRExpO Career

Mehr Infos unter: [www.pmrexpo.de](http://www.pmrexpo.de) oder



# 2018

Weitere Informationen  
senden wir Ihnen gerne zu.  
Ihre Ansprechpartnerin:  
Vanessa Ledig  
Tel. +49 (0) 30 28 44 94-221  
[pmrexpo@gew-online.de](mailto:pmrexpo@gew-online.de)

Eine Veranstaltung von:



# Jacke wie Hose? – So wichtig ist den Bürgern das Aussehen eines Polizisten

Von C. Blum

**Wie sollte ein Polizist idealerweise aussehen? Weiblich oder männlich, Tattoos erlaubt oder eher nicht? Sollte ein Polizist in Deutschland „deutsch“ aussehen oder spielt das kulturelle Erscheinungsbild keine Rolle? Ist ein Kopftuch okay oder nicht? Existiert in der Gesellschaft eine weit verbreitete allgemeine Regel, anhand dessen man einen typischen Polizisten beschreiben kann? Fragen über Fragen – diesen widmete sich ein Polizeikommissar aus Hessen im Rahmen seiner Bachelorarbeit. Die Ergebnisse überraschen.**

Im Zusammenhang mit der wissenschaftlichen Arbeit führte der Kommissar eine umfangreiche Online-Umfrage durch, in der 1.900 Bürger aus ganz Deutschland ihre Erwartungshaltung an das äußere Erscheinungsbild von Polizeibeamten im Streifendienst mitteilten. Und so stellt sich die Gesellschaft einen Polizisten vor:

## Die goldene Aussehens-Regel für Polizeibeamte ...

... gibt es nicht! Die Ergebnisse zeigen auf, dass derzeit kein Idealbild eines Streifenpolizisten existiert. Wie die Person hinter der Polizeiuniform aussieht, spielt für die meisten Befragten keine Rolle – solange für Sicherheit und Ordnung gesorgt wird. Allzu starke Abweichungen von gesellschaftlichen Norm sollten jedoch besser vermieden werden, denn diese sorgen für Verunsicherung beim Gegenüber. Verunsicherung sorgt für Kontrollverlust und das sorgt wiederum für ungewollte Überraschungen im Streifendienst. Über die typische Erscheinung wiederum – also Geschlecht, Statur, Alter oder Ausrüstung – herrschen jedoch genaue Vorstellungen:

## Der Stereotyp Polizist ist ...

... männlich, zwischen 30 und 34 Jahre alt und 1,70 bis 1,79 Meter groß. Er hat eine kräftige Statur, eine helle Hautfarbe und ein gepflegtes Erscheinungsbild. Vom Phänotyp her ist er Mitteleuropäer. Seine Fri-

sur: ein Seitenscheitel mit zur Seite gelegtem Haar, verdeckt durch die klassische Schirmmütze. Er trägt ein blaues Hemd und eine Schutzweste in Blau. Neben seinen Handschellen und seiner Pistole trägt er auch Pfefferspray, Taschenlampe, Handschuhe, ein Funkgerät, seinen Dienstausweis sowie einen Schreibblock am Mann.

Insgesamt konnte in der Befragung eine offene und tolerante Einstellung hinsichtlich des persönlichen Aussehens von Polizisten festgestellt werden. Es scheint egal zu sein, wie groß oder wie alt ein Polizist ist, solange er mittels der Uniform, der Schirmmütze oder der Pistole am Gürtel als ein solcher zu erkennen ist. Es besteht auch Offenheit in Bezug auf das Geschlecht, wohingegen festzustellen ist, dass sich die meisten Befragten einen typischen Polizisten als Mann vorstellen.

Eines jedenfalls steht fest: Ein gepflegtes Erscheinungsbild, eine ordentliche Uniform und eine sportliche Figur werden als Muss-Erwartungen definiert, die an jeden Polizisten gestellt werden, ganz gleich, wie verschieden sie auch aussehen mögen.

## Zur Uniform

Blau ist die typische Farbe der Polizei! So beschreibt es zumindest eine Mehrheit von 83,3 Prozent. Immer mehr Bundesländer setzen auf diese Farbe – und zwar nicht ohne Grund: Es ist mit Abstand die beliebteste Farbe. Man schreibt ihr Eigenschaften wie Sympathie, Freundlichkeit, Harmonie, Vertrauen, Treue und Zuverlässigkeit zu. Außerdem steht sie für geistige und

körperliche Tugenden wie Leistung, Mut sowie Konzentration. Alles Eigenschaften, die sich ein guter Polizist auf seine Fahne schreiben sollte. Das einheitliche blaue Auftreten, in der freien Wirtschaft als „Corporate Identity“ bezeichnet, hat einen nachgewiesenen positiven Nebeneffekt: Die oben genannten Eigenschaften, die mit der Farbe assoziiert werden, färben in gewisser Weise auf den Träger oder die Institution ab. So nimmt sie unterbewusst Einfluss auf die Wahrnehmung des Gegenübers und unterstützt damit die polizeiliche Arbeit.

Doch die Farbe allein reicht natürlich nicht aus. Auch die Oberbekleidung hilft dabei, die Ar-



Geht ein Drei-Tage-Bart?

Foto: Agentur adpic

beit der Polizei zu erleichtern. So hinterlässt beispielsweise ein Hemd einen seriöseren und professionelleren Eindruck auf das Gegenüber als ein eher leger wirkendes Poloshirt. Die Wirkung von solchen Shirts als Teil der Polizeiuniform wurde 2013 in einer Studie untersucht. Dabei stellte sich heraus, dass ein Poloshirt nicht





Fotos (5): Agentur adpic

den Erwartungen jüngerer Menschen entspricht. Durch die im Vergleich lockerer wirkende Freizeitkleidung kann ein Autoritätsverlust entstehen, der zu einer gesteigerten Gewaltbereitschaft gegenüber den Polizisten führen kann.

Auch in der neu durchgeführten Umfrage erhält das Poloshirt wesent-



lich weniger Zuspruch als das Hemd. Nur etwa jeder Fünfte wählte das Poloshirt als typische Polizeibekleidung aus. Das Diensthemd wurde dagegen im direkten Vergleich viermal so häufig ausgewählt.

**N**och wichtiger als Hemd oder Poloshirt ist jedoch die Schutzweste, die vier von fünf Befragten einem ideal aussehenden Polizeibeamten an die Brust legen würden. Die

größtmögliche Sicherheit für die eingesetzten Beamten scheint nach wie vor ein wichtiges Anliegen für große Teile der Gesellschaft zu sein.

### Polizeiuniformen machen sexy

**L**iegt es am Beschützer-Image eines Polizisten, der strengen und dominanten Uniform oder vielleicht doch an den Handschellen? Fest steht, knapp jeder Zweite ist der Meinung, dass Polizeiuniformen sexy machen. Es wird vermutet, dass die Uniform eine gewisse Macht und Dominanz ausstrahlt, die als positiver Nebeneffekt die sexuelle Anziehung des Trägers erhöht. Nicht umsonst landet der Beruf immer wieder unter den Top 10 der attraktivsten Professionen.



Vorsicht jedoch an dieser Stelle: Mit zunehmendem Alter des Betrachters verliert die sexuelle Anziehung der Uniform ihre Wirkung. Bei älteren Damen und Herren brauchen sich Polizistinnen und Polizisten also keine großen Chancen auszurechnen.

### Was das Bild trüben könnte

Im Rahmen der Umfrage wurden einzelne Merkmale, die im Erscheinungsbild eines Polizisten zu finden



sein könnten, auf ihr Störpotenzial untersucht. Mit mehr als 90 Prozent stellt ein ungepflegtes Äußeres und eine unordentlich getragene Uniform die größte Störquelle dar. Auffällige Attribute, die nicht zum Bild eines typischen Polizisten gehören und von der eigentlichen Uniform ablenken, sorgen für Verunsicherung.

**E**s gilt: Je kleiner die Attribute, desto weniger stören sie das Gesamtbild. Kleine äußerliche Merkmale wie eine Brille, lackierte Fingernägel oder ein Drei-Tage-Bart gehen im Schatten der Uniform unter. Ganz im Gegensatz zu großen und auffälligen Merkmalen, die von der eigentlichen



# POLIZEI IN STAAT UND GESELLSCHAFT

Politikwissenschaftliche und soziologische Grundzüge

Von **Bernhard Frevel (Hrsg.)**.

1. Auflage 2015

**Umfang:** 206 Seiten

**Format:** 16,5 x 24 cm, Broschur

**Preis:** 24,90 € [D]

**ISBN** 978-3-8011-0766-6

**VDP e book**

**Format:** EPUB, Mobipocket

**Preis:** 18,99 € [D]

Dieses studienbegleitende Lehrbuch stellt die politikwissenschaftlichen und soziologischen Grundlagen für die Polizeiarbeit dar. Während die Politikwissenschaft Analysen bereitstellt, um die Polizei und ihr Handeln zu verstehen, bietet die Soziologie unverzichtbares Hintergrundwissen, um die Bedeutung gesellschaftlicher Strukturen und Prozesse für die Gewährung von Sicherheit und Ordnung zu erfassen und als Polizei hierauf zu reagieren.

In zehn Kapiteln beschreiben die Autorinnen und Autoren, die an polizeiausbildenden Hochschulen und Akademien lehren, die sozialwissenschaftlichen Fragestellungen mit stetem Bezug zur Rolle, Funktion und Organisation der Polizei sowie zu den politischen Bedingungen und Anforderungen an polizeiliches Handeln in Deutschland.

Der politikwissenschaftliche Teil befasst sich mit dem politischen System der Bundesrepublik Deutschland, einer Politikfeldanalyse der Inneren Sicherheit, dem politischen Extremismus und Terrorismus und der Europäisierung der Inneren Sicherheit.

Eine Einführung in die Soziologie der Polizei leitet den soziologischen Teil ein. Weiterhin werden die Sozialstruktur Deutschlands, das polizeiliche Handeln im urbanen Raum und soziologische Fragen zu Polizei und Gewalt betrachtet. Abgerundet wird das Buch mit einem Überblick über die Geschichte der deutschen Polizei und einem Beitrag zum Thema Polizei als Beruf.



## DER HERAUSGEBER

*Dr. rer. soc. Bernhard Frevel, Professor für Sozialwissenschaften an der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung NRW sowie der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster.*



**VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH**

**Buchvertrieb**

Forststraße 3a · 40721 Hilden · Telefon 0211 7104-212 · Telefax 0211 7104-270  
service@vdpolizei.de · www.vdpolizei.de

**Weitere Informationen, Leseproben und Bestellmöglichkeit unter: [www.vdpolizei.de](http://www.vdpolizei.de)**



Uniform ablenken und somit dessen Signalwirkung beeinträchtigen. Dazu gehören knallig gefärbte Haare, Piercings im sichtbaren Bereich oder eine kurze Hose.

**A**uch religiöse Zeichen stoßen bei großen Teilen der Gesellschaft auf Kritik. Zwar erlauben immer mehr Länder ihren Polizisten das Tragen von Kopftuch, Turban oder ähnlichen Glaubensstatements, aus der Befragung geht jedoch klar hervor, dass solche Attribute von den meisten als störend empfunden werden. Aber auch hier lassen sich Unterschiede feststellen: Besonders auffällige religiöse Zeichen wie ein Kopftuch oder ein Turban stören um einiges mehr als eine Halskette mit Kreuzanhänger, wie man sie hier häufiger auf der Straße wahrnehmen kann (Kopftuch 75,1 Prozent, Turban 79,8 Prozent, Bindi 58,2 Prozent, Halskette mit Kreuzanhänger 24,5 Prozent). Grund hierfür könnte zum einen der christlich geprägte Hintergrund Deutschlands sein. Aufgrund der vorherrschenden Mehrheitsreligion werden christliche Symbole möglicherweise eher toleriert als islamische oder buddhistische. Ein zweiter Grund wird in der kompakten Größe des Kreuzanhängers gesehen, die eher übersehen werden kann, als ein Kopftuch, ein Turban oder ein Punkt mitten auf der Stirn.

**W**er viel Wert auf die Außenwahrnehmung von Polizisten legt, sollte auch das Rauchen während des Bürgerkontaktes unterlassen. Sieben von zehn Befragten gaben an, dass ein Glimmstängel in der Hand eines Polizisten während dem Kontakt mit dem Bürger nichts zu suchen hat. Genauso verhält es sich übrigens bei

Kaugummi im Mund. Ein schlechter Tag also für alle Raucher und passionierte Kaugummi-Kauer.

## Unterschiedliches Alter = andere Erwartungen

Ältere Menschen stellen zum Teil andere Erwartungen an das Aussehen von Polizisten als ihr jüngeres Pendant: Für sie spielt das Aussehen der Beamten auf den ersten Blick weniger eine Rolle als für jüngere Generationen. Geht es jedoch um individuelle Merkmale im Erscheinungsbild, so haben sie eine strengere und konservativere Einstellung und lassen sich eher von



Fotos (3): Agentur adpic

individuellem Aussehen stören. Ältere Menschen haben eher eine genauere Vorstellung davon, wie ein typischer Polizist auszusehen hat oder besser gesagt, wie nicht. Der Grund dafür wird im kontinuierlich voranschreitenden Wertewandel der Gesellschaft vermutet. Werte sind zum Teil generationenabhängig. Während ältere Menschen noch die Werte und Normen der „alten Schule“ vertreten, entwickeln jüngere Generationen andere Erwartungen aus der Basis moderner Werte und Normen.

**G**anz gleich, ob lange Haare bei Männern, das Tragen von religiösen Zeichen oder das Zeigen von sichtbaren Tätowierungen – jüngere Befragte sind in den meisten Fällen offener und liberaler in Ihrer Erwartungshaltung gegenüber Polizisten.

## Auf dem Land ticken die Leute anders

Nicht nur das Alter, sondern auch der Wohnort hat einen maßgeblichen

Einfluss auf die Erwartungshaltung der Bevölkerung: Auf ländlicher Ebene wird der typische Polizist beispielsweise eher als männlich, klein und mit ein paar Kilo mehr auf den Rippen beschrieben. In der Stadt dagegen wird er deutlich jünger, größer und sportlicher eingeschätzt. In der Befragung ließen sich deutliche regionale Unterschiede im Hinblick auf Toleranz, Erwartungen und Offenheit feststellen. Über die Gründe dafür lässt sich jedoch aufgrund mangelnder wissenschaftlicher Erkenntnisse jedoch nur spekulieren.

## Tätowierungen

Tätowierungen und Polizisten scheinen nicht zusammen zu passen – so zumindest die Einstellung vieler alteingesessener Dienstherren. Dass diese Meinung von der Gesellschaft und vielen Polizisten nicht flächendeckend geteilt wird, können sich die meisten denken. In der heutigen Zeit sind Menschen mit Tätowierungen in allen Klassen, Gesellschafts- und Berufsschichten zu finden. Eine Tätowierung, wie sie in den 70er-Jahren noch als Ausdruck von Protest, Rebellion und Wut oder als Zeichen für die Mitgliedschaft in einer Minderheitsvereinigung stand, wird in der heutigen Zeit oft als Versuch der Schaffung einer eigenen Identität genutzt. Einige wollen sich mit Hilfe von Tätowierungen von der Masse abheben und Unverwechsel-



barkeit und Einmaligkeit schaffen. Andere tragen Tätowierungen wie ein modisches Accessoire, ein Kleidungsstück oder als permanentes Make-up.

## Polizisten und Gewichtsprobleme

„Polizisten sind zu dick!“ Dieses Klischee hält sich wacker. Etwa jeder Vierte glaubt, dass ein typischer Polizist einen Bierbauch vor sich her





**DP-Autor C. Blum, Polizeikommissar, beendete 2017 sein Studium zum Schutzpolizisten in Hessen und arbeitet seither als Einsatzbeamter für die III. Bereitschaftspolizeiabteilung in Mühlheim am Main.**

*Foto: privat*

schiebt – besonders junge Befragte sind davon überzeugt. Doch wie kommt es zu diesem Negativ-Image der Polizei im Hinblick auf den Körperumfang? Schließlich wird bei der Einstellung und während des Studiums viel Wert auf die körperliche Fitness gelegt.

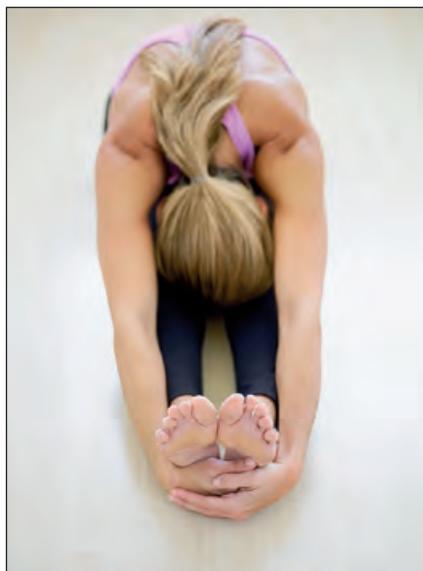
Eine mögliche Erklärung ist, dass sowohl Film- als auch Fernsehindustrie dieses Klischee geradezu ausschlichten. Zu nennen wären Beispiele wie „Auf Streife“, „Der Blaulichtreport“, „Der Bulle von Tölz“, „Achtung Kontrolle“ und viele weitere. In den Serien und Filmen verschwimmen Realität und Schauspiel. Die Schauspiel-Polizisten prägen die Erwartungshaltung der Zuschauer gegenüber realen Beamten. Sie zeigen die vermeintlich echte Polizeiarbeit. Die Szenarien und Bilder stimmen aber oft nicht mit der Realität überein.

Und dies könnte ein Grund für die Klischeebildung sein. Wenn in Film und Fernsehen vornehmlich kräftige bis fettleibige sowie bequemliche und nicht ganz ernst zu nehmende Polizisten gezeigt werden (Beispiel „Der Bulle von Tölz“ oder „Polizeihauptmeister Krause“), erwarten die Zuschauer auch gleiches auf der Straße.

Möglicherweise spiegelt diese Erwartung aber auch ein tatsächliches Gewichtsproblem in den Reihen der Polizei wider. Nachvollziehbar wäre es, schließlich ist die Schichtarbeit alles andere als gesundheitsfördernd, und eine gesunde Ernährung und ausreichend Sport sind zeitaufwendig und lassen sich mit dem Schichtdienst schwer vereinbaren. Ganz gleich woran es liegt, dieses Negativ-Image stellt ein Problem für die Polizeiarbeit dar. Erwartet ein Straftäter einen dicken Polizisten und wird diese Erwartung sogar noch erfüllt, so könnte er aufgrund dessen seine Erfolgchancen für eine Flucht oder eine körperliche Auseinandersetzung höher einschätzen als bei einem sportlicher wirkenden Beamten.

Das Ziel der Polizisten sollte sein, sowohl in der Realität als auch in den Erwartungen der Bürger keinen Raum für sinkende Hemmschwellen zuzulassen. Schon beim ersten Kontakt sollte dem polizeilichen Gegenüber klar sein, dass Widerstand zwecklos ist. Ein schwerläufiger oder dicklicher Polizist verkörpert eher das Gegenteil, gleich nach dem Motto „Der kommt eh nicht hinterher, versuchen kann man es ja“. An dieser Stelle sollte aktiv von Seiten der Polizei ein Imagewechsel verfolgt werden, um der Erwartungshaltung eines dicken, typischen Polizisten mit Bierbauch entgegenzuwirken.

**Zusammenfassung**



*Foto: Agentur adpic*

Die Erwartungshaltungen im Hinblick auf das äußere Erscheinungsbild von Polizisten weichen voneinander ab – abhängig von Wohnort und Alter. Jüngere Bürger haben andere Erwartungen als ältere Personen, Menschen aus dünn besiedelten Gebieten wiederum eine andere als jene aus Metropolregionen. Nichtsdestotrotz lässt sich ein grober Rahmen in der doch sehr offenen Erwartungshaltung der Gesellschaft definieren, in dem sich die Individualität eines jeden Polizisten entfalten kann.

Den Bürgern sind ein gepflegtes äußeres Erscheinungsbild sowie eine ordentliche Uniform wichtig. No-Go-Merkmale gilt es zu vermeiden. Dazu gehören alle äußerlichen Attribute, die die Signalwirkung der Uniform einschränken (große religiöse Symbole oder bunte Haare) oder an der Professionalität und Neutralität zweifeln lassen. Mithilfe dieses Wissens kann die Polizei gezielt das äußere Erscheinungsbild steuern, um so den Erwartungen der Bevölkerung gerecht zu werden, was eine Steigerung der allgemeinen Zufriedenheit mit der Polizei und ihren Beamten bewirken kann.

Eine goldene Aussehens-Regel, mit der man den Erwartungen aller Gesellschaftsmitglieder gerecht wird, existiert jedoch nicht. Darum ist es umso wichtiger, jeder neuen Lage mit einem selbstsicheren Auftreten, einem gepflegten Erscheinungsbild und einer ordentlich getragenen Uniform zu begegnen, um so von Beginn an die Lage im Griff haben zu können. Die Polizeiuniform alleine reicht nicht aus, um sich den Respekt, die Autorität und die Anerkennung der Gesellschaft zu sichern.

So ist das bewusste und gezielte Einsetzen des äußeren Erscheinungsbildes zwar kein Garant für das Erreichen des Einsatzziels, dennoch ermöglicht es die Basis für eine freundliche und respektvolle Kommunikation. Und das ist die Grundvoraussetzung für eine erfolgreiche Polizeiarbeit.



# Diskussion um Datenschutz und Innere Sicherheit in Brüsseler GdP-Vertretung

## Bruchmüller: Zur Aufklärung schwerer Straftaten müssen wir retrograd Daten auswerten dürfen

*In der Landesvertretung Hessens bei der Europäischen Union (EU) in Brüssel diskutierten in einer gemeinsamen Veranstaltung mit der Gewerkschaft der Polizei (GdP) Politiker, Polizisten und 300 interessierte Gäste Ende August über das „Spannungsfeld Datenschutz und Innere Sicherheit“. Wie können Daten unbescholtener Bürger vor dem Zugriff der Sicherheitsbehörden geschützt werden, wie können Sicherheitsbehörden effektiv vorhandene Daten nutzen, um anonym agierende Straftäter zu überführen und weitere Straftaten zu verhindern? Das für internationale Gewerkschaftsarbeit zuständige Mitglied im Geschäftsführenden GdP-Bundesvorstand, Jörg Bruchmüller, trat für die Möglichkeit der retrograden Auswertung von Daten ein, wenn dies zur Aufklärung schwerster Straftaten notwendig ist.*

Mit der Datenschutz-Grundverordnung, der Datenschutz-Richtlinie für die Bereiche Justiz und Inneres und der Richtlinie über Flug-gastdatensätze gelten seit Mai neue Rechtsgrundlagen in der EU. Ferner ist die Frage der Nutzung der sogenannten Vorratsdatenspeicherung oder Mindestspeicherfristen nach dem Urteil des Europäischen Gerichtshofs von Dezember 2016 noch nicht vollständig geklärt. Gleichzeitig wird einerseits ein größerer Datenschutz für Nutzer sozialer Netzwerke gefordert, andererseits aber für die Verwendung solcher Daten bei Gefahren für Leib und Leben oder den Bestand des Staates gestritten.



Mit großem Interesse verfolgen die Teilnehmer die Vorträge.

Foto: Eric Berghen

### Einheitliche Datenbankstruktur

Nach der Begrüßung durch Europa-staatssekretär Mark Weinmeister führten Julian Siegl, stellvertretender Kabinettschef des EU-Kommissars Sir Julian King, und Sandro Dicker, Leiter des Verbindungsbüros des Bundeskriminalamtes (BKA) bei Europol, in die Thematik ein. Siegl betonte laut „Bericht aus Brüssel 16/18“, dass Datenschutz und Innere Sicherheit keine kollidierenden, sondern kohärente,

Anzeige



Habichtswald-Klinik, Wigandstraße 1, 34131 Kassel-Bad Wilhelmshöhe

 **Habichtswald-Klinik**  
Klinik für Ganzheitsmedizin und Naturheilkunde  
Psychosomatik · Innere Medizin · Onkologie

**Vielfalt ist unsere Einzigartigkeit.  
Erfahrung unsere Stärke.**

Seit über 20 Jahren kombinieren wir aktuelle und bewährte Therapieverfahren der Psychotherapie, der Schulmedizin, des Gesundheitssports und der Naturheilkunde zu einer Ganzheitsmedizin, die zum Ziel hat, Körper, Geist und Seele wieder in eine gesunde Balance zu bringen. So können eigene Fähigkeiten und Ressourcen wiederentdeckt, Selbstheilungskräfte frei entfaltet werden und zur Heilung beitragen.

Weitere Informationen zu unseren Spezialkonzepten z. B. bei Tinnitus, Depression, Burnout oder Angsterkrankungen erhalten Sie unter [www.habichtswaldklinik.de](http://www.habichtswaldklinik.de) oder gebührenfrei\* unter 0800 890 11 00.

\* aus dem deutschen Festnetz





## Bereits Millionen Kunden sparen zeitgemäß. Machen Sie mit!

\* Im Aktionszeitraum 01.08. bis 30.11.2018 entfällt für Neukunden, die bisher kein UnionDepot bei der BBBank haben, der Ausgabeaufschlag beim Abschluss eines Ansparplans in einen Fonds von Union Investment. UniProfiRente, UniProfiRente Select und VL-Depots sind hiervon ausgeschlossen.

Weitere Informationen, die Verkaufsprospekte und die wesentlichen Anlegerinformationen erhalten Sie kostenlos in deutscher Sprache bei der BBBank eG oder über den Kundenservice der Union Investment Service Bank AG, Weißfrauenstraße 7, 60311 Frankfurt am Main, [www.union-investment.de](http://www.union-investment.de), Telefon 069 58998-6060. Stand: 1. Juli 2018.

Jetzt Fondssparen statt Sparstrumpf!  
Schon ab 25,- Euro monatlich.





Das für internationale Gewerkschaftsarbeit zuständige Mitglied im Geschäftsführenden GdP-Bundesvorstand, Jörg Bruchmüller (r.), bei seinen Schlussbemerkungen auf dem Podium, (v.l.) Sandro Dicker, Julian Siegl, Lena Kampf, Birgit Sippel und Sabine Tharau.



Jörg Bruchmüller, Leiter GdP-Büro Brüssel, und Sabine Tharau, Präsidentin des Hessischen Landeskriminalamtes. Fotos (2): Eric Berghen

einander ergänzende politische Ziele seien. Dicker zeigte anhand des Pilotprojekts EPRIS-ADEP (European Police Records Index System – Automation of Data Exchange Processes) eine technische und praktische Lösung auf, die den Datenschutz durch Anonymisierung stärkt und zugleich der Polizei eine effizientere, automatisierte Datenabfrage ermöglicht.

Sabine Tharau, Präsidentin des Hessischen Landeskriminalamtes, sprach sich für eine sorgfältige Rechtsfindung und Rechtssetzung aus, die sich an den Praxiserfordernissen

der Polizei orientiert. Für die Vorratsdatenspeicherung als ein wichtiges Instrument zur Aufklärung von schweren Straftaten warb Bruchmüller. Die innenpolitische Sprecherin der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament, Birgit Sippel, forderte, dass Daten nicht allgemein, sondern nur spezifiziert angefordert werden dürfen, um einen Missbrauch von Daten zu verhindern.

Alle Redner stimmten zu, dass die Auswertung von Daten zur Bekämpfung schwerer Straftaten im Einklang mit dem Datenschutz unter bestimmten Voraussetzungen mög-

lich sei. Ein wichtiger Schritt sei, eine einheitliche Datenbankstruktur zu schaffen und deren Interoperabilität zu gewährleisten.

Die Bekämpfung internationaler Kriminalität ist den Angaben zufolge ohne die polizeiliche Auswertung von Kommunikationsmitteln und -medien nicht denkbar. Terrorismus, politischer Extremismus, Drogenhandel, Wohnungseinbruch- und Kfz-Diebstahl seien Kriminalitätsphänomene, die häufig im internationalen und länderübergreifenden Kontext auftreten. Dabei komme der Kommunikation innerhalb der beteiligten Gruppierungen eine entscheidende Bedeutung zu.

Manuela Weyh/wsd

Anzeige



**THOMAS BROCKHAUS**  
Automobile und mehr

Wir liefern Fahrzeuge fast aller Fabrikate mit **TOP RABATTEN**.  
Inzahlungnahme möglich. % % % %

Informieren Sie sich!  
**Telefon: (02207) 76 77** % % % %

[www.fahrzeugkauf.com](http://www.fahrzeugkauf.com)



# THEMA STRASSENVERKEHR

## Internationalität im deutschen Straßenverkehr

Ein Leitfaden für die Kontrolle  
ausländischer Verkehrsteilnehmer

Von **Bernd Huppertz**.

1. Auflage 2015

**Umfang:** 368 Seiten / **Format:** DIN A 5, Broschur

**Preis:** 26,90 € [D] / **ISBN** 978-3-8011-0751-2

Dieses Buch ermöglicht Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten die Beurteilung ausländischer Fahrzeugführer in fahrerlaubnisrechtlicher sowie ausländischer Fahrzeuge in zulassungs-, versicherungs- und steuerrechtlicher Hinsicht. Es basiert auf dem in drei Auflagen erschienenen Titel „Ausländer im deutschen Straßenverkehr“. Dieser wurde von seinem Autor komplett überarbeitet, aktualisiert und inhaltlich um die Themen „Kennzeichnung elektrisch betriebener Fahrzeuge“ und „Elektrofahrräder“ erweitert. Eine weitere Neuerung sind die farbigen Abbildungen, die mit der Darstellung einzelner Fahrzeuge sowie von Führerscheinen, Zulassungsbescheinigungen und Kennzeichen dem Leser eine wertvolle Hilfe und Unterstützung bei seiner Arbeit bieten.

## Fahrerlaubnisrecht

Leitfaden für Studium und Praxis

Von **Bernd Huppertz**.

5. Auflage 2015

**Umfang:** 568 Seiten / **Format:** DIN A 5, Broschur

**Preis:** 29,90 € [D] / **ISBN** 978-3-8011-0746-8

Das vorliegende Werk kombiniert die Anforderungen insbesondere der Bachelor-Ausbildung mit der polizeilichen Praxis. Mit eingehenden Erläuterungen, Schaubildern und zahlreichen Beispielen sowie ausführlichen Fußnotenverweisen auf einschlägige Quellen in Literatur und Rechtsprechung behandelt der Autor die fahrerlaubnisrechtlichen Bestimmungen. In insgesamt 60 Kapiteln werden alle Fahrerlaubnisklassen und alle Fahrzeugklassen, einschließlich z.B. der Quads, Trikes, eScooter, motorisierten Kickboards, Touristikbahnen und Minisattelzüge bis hin zu Krankenfahrstühlen, einer genaueren Betrachtung zugeführt.



### DER AUTOR

**Bernd Huppertz**, Polizeihauptkommissar, hauptamtlicher Dozent für das Fach Verkehrsrecht/Verkehrssicherheitsarbeit an der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung NRW in Köln.



**VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH**  
**Buchvertrieb**

Forststraße 3a · 40721 Hilden · Telefon 0211 7104-212 · Telefax 0211 7104-270  
service@vdpolizei.de · www.vdpolizei.de

Weitere Informationen, Leseproben und Bestellmöglichkeit unter: [www.vdpolizei.de](http://www.vdpolizei.de)

## Die Zukunft des Digitalfunks

**Der aktuelle Stand zum Digitalfunk und die weiteren Planungsschritte standen im Mittelpunkt eines fachlichen Austausches zwischen der Hausleitung der Bundesanstalt für den Digitalfunk der Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben und dem Bundesvorsitzenden der Gewerkschaft der Polizei.**

Der Digitalfunk als Kommunikationsmittel gehört inzwischen zum Alltag der Polizeiarbeit. Eine hohe Netzstabilität und 99 Prozent bundesweite Netzabdeckung sprechen für sich. Trotzdem gilt für den Digitalfunk das gleiche, wie für andere Technologiefelder auch: Der technologische Fortschritt schreitet stetig voran. Um im Zuge der technologischen Entwicklung auch weiterhin eine schnelle und stabile Vernetzung sowie bundesweit einheitliche und bedarfsgerechte Datenkommunikation in den unterschiedlichsten Einsatzlagen gewährleisten zu können, sind neben der bereits erfolgten Einführung satellitengebundener mobiler Basisstationen und einer stetigen Verbesserung der Objektver-



*(v. l.) Referatsleiter Betriebsaufsicht der BDBOS Raimund Osietzki, BDBOS-Präsident Andreas Gegenfurtner, GdP-Bundesvorsitzender Oliver Malchow, BDBOS-Vizepräsident Frank Buddrus und GdP-Gewerkschaftssekretär Torsten Rohde. Foto: BDBOS*

sorgung, insbesondere die Aufrüstung des Digitalfunknetzes auf den IP-Standard und damit einhergehend die Be-

reitstellung zukunftsfähiger Endgeräte aktuell von besonderer Bedeutung.

**Torsten Rohde**

## ÖFFENTLICHER DIENST

### Schöneberger Forum im Zeichen der Diversität

**Unter dem Motto „Vielfalt gestalten: Perspektiven bieten, Kompetenzen nutzen“ laden der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) und das DGB-Bildungswerk am 21. und 22. November zum Schöneberger Forum 2018 ein. Ziel der traditionellen Gewerkschaftsveranstaltung in Berlin ist den Veranstaltern zufolge „für Diversity im öffentlichen Dienst sensibilisieren“.**

Diskutiert werden sollen unter anderen die Fragen: „Welche Chancen und Schwierigkeiten ergeben sich aus dem ‚Vielfaltsmanagement‘?“, „Welche Rolle kommt den Personalräten dabei zu?“ oder „Wie sieht der rechtliche Rahmen aus: Stehen etwa die hergebrachten Grundsätze des Berufsbeamtentums einer besonderen Gewichtung bestimmter Merkmale entgegen?“ Darüber hinaus wird bei der im Rathaus Schöneberg stattfindenden Veranstaltung der Deutsche Personalräte-Preis verliehen.

Die stellvertretende DGB-Vorsitzende Elke Hannack und Claudia Meyer, Geschäftsführerin des DGB-Bildungswerks BUND, als Gastgeber des Schöneberger Forums wollen dem unscharfen Begriff „Diversität“ mehr Profil verleihen und zudem die Bedeutung dessen für den öffentlichen Dienst mit den interessierten Teilnehmerinnen und Teilnehmern erörtern. Zwar können ein Blick in das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz weiterhelfen, denn: Niemand darf aufgrund seines Geschlechts, Alters, einer Be-

hinderung, der Herkunft, seiner Religion oder sexuellen Identität benachteiligt werden. Doch hinter dem damit verbundenen Gedanken der Vielfältigkeit stecke mehr als die Verhinderung von Diskriminierung. Diversity müsse aktiv gestaltet werden, um positive Effekte entfalten zu können.



**mzo/PM**



# VERDECKTE PERSONALE ERMITTLUNGEN

Recht und Taktik

Von **Christoph Keller**.

1. Auflage 2017

**Umfang:** 288 Seiten

**Format:** DIN A 5, Broschur

**Preis:** 24,90 € [D]

**ISBN** 978-3-8011-0792-5

**VDP eBook**

**Format:** EPUB, Mobipocket

**Preis:** 18,99 € [D]

Ermittlungen mit verdeckt arbeitenden Personen haben eine zunehmende praktische Bedeutung für Polizei und Staatsanwaltschaft. Heimliche Vorbereitungen von Straftaten erfordern Reaktionen mit angemessenen Ermittlungsmethoden, insbesondere bei Ermittlungen im Bereich der Organisierten Kriminalität. Bei diesen verdeckten personalen Ermittlungen geht es um

- den Einsatz von Verdeckten Ermittlern,
- den Einsatz von Vertrauenspersonen,
- den Einsatz von nicht offen ermittelnden Polizeibeamten und
- die Inanspruchnahme von Informanten.

Solche Maßnahmen sind jedoch regelmäßig mit erheblichen Eingriffen in die Grundrechte der Betroffenen verbunden und stellen damit nicht nur taktisch, sondern auch rechtlich eine große Herausforderung dar.

In dem vorliegenden Buch führt der Autor den Leser von der „Anbahnung“ bis zum Abschluss (Beweisverwertung) durch den gesamten Verlauf derartiger verdeckter Ermittlungen. Er behandelt dabei einerseits die rechtlichen Befugnisse und ihre gesetzlichen und verfassungsrechtlichen Grenzen sowie andererseits kriminaltaktische Aspekte.

Damit gibt er Praktikern wie Studierenden eine gesicherte, konzentrierte, übersichtliche und interdisziplinäre Arbeitsgrundlage an die Hand, die die Rechtsanwendung auch durch etliche Beispiele erleichtert.



## DER AUTOR

**Christoph Keller**, Polizeidirektor, hauptamtlicher Dozent für Eingriffsrecht und öffentliches Dienstrecht an der FHöV NRW, Abteilung Münster.



**VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH**  
**Buchvertrieb**

Forststraße 3a · 40721 Hilden · Telefon 0211 7104-212 · Telefax 0211 7104-270  
service@vdpolizei.de · www.vdpolizei.de

Weitere Informationen, Leseproben und Bestellmöglichkeit unter: [www.vdpolizei.de](http://www.vdpolizei.de)

## Wettbewerb 18/19 startet!

### Sachsens Ministerpräsident und NGG-Vorsitzende übernehmen Schirmherrschaft

**Zum 13. Mal startet der bundesweite Jugendwettbewerb des gewerkschaftlichen Kumpelvereins „Die Gelbe Hand“. Berufsschülerinnen und Berufsschüler, Auszubildende und junge Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter sind aufgerufen, sich zu beteiligen und mit kreativen Projekten und Aktionen ein Zeichen gegen Rassismus, Rechtsextremismus und für ein solidarisches Miteinander zu setzen.**



Die Schirmherrschaft über den Wettbewerb übernehmen Sachsens Ministerpräsident Michael Kretschmer und die Vorsitzende der Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten (NGG), Michaela

Rosenberger. „Wir müssen uns alle gemeinsam für ein gutes Miteinander und einen Zusammenhalt einsetzen, der von Anstand und Respekt getragen ist. Dafür ist es wichtig, dass aus der Mitte der Gesellschaft heraus ganz klar deutlich gemacht wird: Für Fremdenfeindlichkeit und Rassismus ist kein Platz bei uns“, betont Kretschmer in seinem Grußwort. Rosenberger bekräftigt: „Als Gewerkschaften leisten wir unseren Beitrag in den Betrieben und im Kampf für gleiche Arbeitsbedingungen und gegen Diskriminierung in der Arbeitswelt. Es macht Mut zu sehen, wie viele Beiträge in den letzten Jahren eingereicht wurden. Es zeigt, dass junge Menschen und Gewerkschaften die freie und offene Gesellschaft und die Vielfalt am Arbeitsplatz verteidigen. Wir dürfen nicht Zuschauer sein, wenn unsere Werte bedroht werden. Wir müssen aktiv werden!“

#### Preise

Der Einsendeschluss für die Beiträge ist der 15. Januar 2019. Die Darstel-

lungsform ist frei. Die besten Beiträge werden mit Geldpreisen prämiert – 1. Preis: 1.000 Euro, 2. Preis: 500 Euro, 3. Preis: 300 Euro. Zudem werden vergeben: Sonderpreis Sachsen 500 Euro, Sonderpreis DGB-Jugend Sachsen 500 Euro, Sonderpreis DGB-Jugend Nordrhein-Westfalen 5.000 Euro.

#### Wer kann mitmachen?

Teilnehmen können Gewerkschaftsjugend, Schülerinnen und Schüler an Berufsschulen/-kollegs und Jugendliche, die sich in einer beruflichen Ausbildung befinden, aus dem ganzen Bundesgebiet.

Zum Beispiel: Azubis eines Jahrgangs mit ihren Ausbilderinnen und Ausbildern, Klassenverbände an Berufsschulen und überbetrieblichen Ausbildungszentren mit ihren Lehrerinnen und Lehrern, Arbeits- und Projektgruppen an Berufsschulen, in Betrieben und Verwaltungen, Jugend- und Ausbildungsvertretungen (JAV), gewerkschaftliche Gruppen oder Initiativen.

#### Welche Beiträge werden gesucht?

Gesucht werden Beiträge, die in diesem Jahr (bis 15. Januar 2019) entstanden sind und bei keinem Wettbewerb prämiert wurden.

#### Was ist bei den Urheberrechten zu beachten?

Die Teilnehmenden versichern, dass sie über alle Rechte am eingereichten Beitrag verfügen und dieser frei von Rechten Dritter (inklusive verwendete Musik, oder Filmausschnitte) ist sowie bei der Darstellung von Personen keine Persönlichkeitsrechte verletzt werden. Weitere Infos zum Urheberrecht enthalten unsere Teilnahmebedingungen unter [www.gelbehand.de](http://www.gelbehand.de)

#### In welcher Form soll der Beitrag einreichbar werden?

Der Beitrag ist in Original und in elektronischer Form (zum Beispiel abfotografiert, als jpg oder als PDF-Datei auf CD oder per E-Mail) einzureichen. Mit dem Beitrag ist das ausgefüllte Anmeldeformular ausgedruckt und unterschrieben sowie in elektronischer Form (als Word-Datei auf einer CD, per E-Mail, via Dropbox) einzureichen.

Bei multimedialen Beiträgen sind Wiedergabeprogramme anzugeben sowie Quelle (zum Beispiel Link) zum Herunterladen der angegebenen Programme. Beiträge, die mit herkömmlichen und kostenlosen Programmen nicht wiedergegeben werden können, können im Wettbewerb nicht berücksichtigt werden.

#### Wer entscheidet?

Die Besten des Wettbewerbes werden durch eine Jury ermittelt. Die Preisverleihung findet im März 2019 in Dresden statt.

#### Teilnahmebedingungen

Die vollständigen Teilnahmebedingungen, alle Infos zur Einsendung oder Anmeldeformulare unter: [www.gelbehand.de/wettbewerb](http://www.gelbehand.de/wettbewerb)

#### Wer wir sind

Der gewerkschaftliche Verein Mach' meinen Kumpel nicht an! – für Gleichbehandlung, gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus e.V. tritt für gleiche Rechte für alle ein. Seit der Gründung vor über 30 Jahren engagiert er sich gegen Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Rechtsextremismus. Damit ist der Verein eine der ältesten antirassistischen Organisationen in Deutschland. Sein Schwerpunkt liegt in der aufklärenden und präventiven Tätigkeit. Er unterstützt Jugendliche und Erwachsene in ihrem sozialen und politischen Engagement gegen Rassismus und für ein interkulturelles Miteinander.



PM/red



# Taschenrechner auch technisches Gerät im Sinne der „Handy-Bestimmung“

Von Ewald Ternig

**Nachdem 2017 die Straßenverkehrs-Ordnung (StVO) umfassend reformiert wurde und zur „Handy-Bestimmung“ wesentliche Veränderungen vorgenommen wurden, haben sich einige Dienststellen der Thematik intensiver angenommen, Sonderkontrollen durchgeführt oder auch im täglichen Dienst den Fokus auf die Ablenkung gelegt. Es war nur eine Frage der Zeit, wann die ersten Entscheidungen veröffentlicht werden, die den neuen Text zum Gegenstand haben.**

Das Oberlandesgericht (OLG) Oldenburg musste sich mit dem Thema des in der Hand halten beschäftigen und in einer weiteren Entscheidung des Gerichts war von Bedeutung, wie ein Taschenrechner mit der Bestimmung in Verbindung gebracht werden kann. Paragraph 23 Abs. 1a StVO verlangt zunächst, dass beim Führen eines Fahrzeugs, ein elektronisches Gerät, das der Kommunikation, Information oder Organisation dient oder zu dienen bestimmt ist, nur benutzt werden darf, wenn

1. hierfür das Gerät weder aufgenommen noch gehalten wird und

2. entweder a) nur eine Sprachsteuerung und Vorlesefunktion genutzt wird oder b) zur Bedienung und Nutzung des Gerätes nur eine kurze, den Straßen-, Verkehrs-, Sicht- und Wetterverhältnissen angepasste Blickwendung zum Gerät bei gleichzeitig entsprechender Blickabwendung vom Verkehrsgeschehen erfolgt oder erforderlich ist.

## Wann wird ein Gerät benutzt?

Der Verordnungstext hält somit fest, unter welchen Bedingungen ein Gerät benutzt werden darf. Man darf es zur Nutzung weder in der Hand halten noch aufnehmen. Aber auch wenn man es nicht hält oder aufnimmt, kann eine Nutzung verboten sein, nämlich dann, wenn keine Sprachsteuerung und Vorlesefunktion genutzt wird oder man nicht nur kurz (den Verhältnissen angepasst) den Blick vom Verkehrsgeschehen abwendet und dem Gerät zuwendet.

Für den überwachenden Polizeibeamten kommt es somit darauf an, dass er wahrnimmt, dass das Gerät genutzt wird und die Person es in der Hand hält oder aufnimmt. Ein Verstoß ist aber auch gegeben, wenn er erkennt,

dass die Person ihren Blick nicht nur kurz vom Verkehrsgeschehen zu dem Gerät hin wendet (schaut zum Beispiel auf das Display beim Lesen einer Nachricht oder zur Wegführung auf sein Navigationsgerät). Auf eine genaue Zeitangabe wird dabei verzichtet. Hier sollte der Polizeibeamte bei seiner Kontrolle auch die gefahrene Geschwindigkeit im Auge behalten. Schaut man bei einer Geschwindigkeit von 100 Kilometer pro Stunde (km/h) drei Sekunden nicht auf die Fahrbahn, legt das Fahrzeug einen Weg von fast 82 Metern zurück, auf dem die Person das Verkehrsgeschehen nicht im Auge hat. Aber auch bei 50 km/h sind es im innerstädtischen Verkehr fast 42 Meter.

## Bereits Halten eines Mobiltelefons beim Fahren ein Verstoß

Ging es bis zur Veränderungsänderung nur um „Telefone“ hält der Verordnungstext nun fest, dass Geräte im Sinne der Bestimmung auch Geräte der Unterhaltungselektronik oder Geräte zur Ortsbestimmung, insbesondere Mobiltelefone oder Autotelefone, Berührungsbildschirme, tragbare Flachrechner, Navigationsgeräte, Fernseher oder Abspiegelgeräte mit Videofunktion oder Audiorekorder. Auf die weiteren Besonderheiten dieses Absatzes und auch des Absatzes 1b soll nicht weiter eingegangen werden. Vielmehr werden die beiden Entscheidungen etwas genauer betrachtet.

Im Leitsatz stellt das OLG Oldenburg (25.07.2018, 2 Ss (OWi) 201/18) fest, dass bereits das Halten eines Mobiltelefons während des Führens eines Fahrzeuges ein Verstoß gegen Paragraph 23 Abs. 1a StVO neue Fassung ist. Auf den Grund des Haltens kommt es nicht an. Das Gericht stellt mit Verweis auf die BR-Drucksache fest: „... Durch

die Neufassung des Paragraph 23 Abs. 1a StVO sollte die Regelungslücke geschlossen werden für Fälle, in denen das Gerät in der Hand gehalten wird, obwohl dies nicht erforderlich war ...“

Die genaue Begründung in der BR-Drucksache 556/17 lautet: Unter Berücksichtigung der Empfehlungen des 55. Deutschen Verkehrsgerichtstages wird klargestellt, dass es für das Verbot der Gerätenutzung nicht nur darauf ankommt, ob das Gerät für die Benutzung grundsätzlich in der Hand gehalten werden muss, sondern ob es tatsächlich in der Hand gehalten wird. Hiermit soll eine Regelungslücke geschlossen werden für Fälle, in denen das Gerät in der Hand gehalten wird, obwohl dies nicht erforderlich wäre. Dabei verwies man in der Begründung auf eine Entscheidung des OLG Stuttgart, in der das Handy zwar in der Hand gehalten wurde, aber über Bluetooth telefoniert wurde, so dass man es nicht hätte in der Hand halten müssen.

## Taschenrechner: Kein elektrisches Gerät

Eine Nutzung ist somit nach der persönlichen Meinung des Verfassers auf jeden Fall auch beim neuen Verordnungstext notwendig. Das reine Umlagern dürfte auch heute keinen Verstoß darstellen. Zum alten Text ergingen Entscheidungen vom OLG Düsseldorf (OLG Düsseldorf, 5. Oktober 2006, IV-2 Ss (OWi) 134/06 – (OWi) 70/06 III) und OLG Köln (23. August 2005, – 83 Ss-OWi 19/05). Das führt aus, der Begriff der Benutzung eines Mobiltelefons i.S.d. Paragraph 23 Abs. 1a StVO erfasst nicht das Aufnehmen des Gerätes, um es lediglich von einem Ablageort an einen anderen zu legen.

Allerdings war es bei dem Fall, den das OLG Oldenburg zu entscheiden hatte, so, dass das AG feststellte, der Betroffene schaute „mehrere Sekunden auf das Display“, damit ergibt sich, „dass er das Mobiltelefon verwendet hat“. Somit dürfte ein Gebrauch vorgelegen haben.

Die zweite Entscheidung in diesem Beitrag behandelt das Halten eines Taschenrechners. Hier stellt das OLG Oldenburg (25. Juni 2018, 2 Ss (OWi) 175/18) fest: Ein Taschenrechner fällt nicht unter die Bestimmung. Beweismittel in der Entscheidung war ein Bild, auf dem die Person einen Gegenstand in der Hand hielt, der ein Taschenrechner hätte sein können. Auch wenn sich



das Gericht die Frage gestellt hat, warum man einen Taschenrechner vors Gesicht hält, kam man in der Begründung dazu, dass ein Taschenrechner sich nicht als ein elektronisches Gerät, das der Kommunikation, Information oder Organisation beziehungsweise der Unterhaltungselektronik oder der Ortsbestimmung dient beziehungsweise dienen soll, bezeichnen lässt. Das Gericht stellt sich schon die Frage, ob es denn der Information dient, schließ-

lich rechnet es ja. Es kommt aber zu dem Ergebnis: „... Die Annahme, die Eingabe einer Rechenoperation und deren anschließendes Ablesen unterfiele einem Informationszweck, würde nach Auffassung des Senats die Auslegung der Norm überdehnen und wäre für den Normadressaten nicht erkennbar ...“. Allerdings dürfte auch bei künftigen Entscheidungen, wie dies bisher der Fall war, jede Nutzung des Smartphones, somit auch die Ta-

schenrechnerfunktion, unter die Bestimmung subsumiert werden können.

In Anbetracht der Tatsache, dass man beim folgenlosen Verstoß ein Bußgeld von 100 Euro zu erwarten hat, dass man mit einem Punkt in Flensburg rechnen darf und dass der Fahrerlaubnis-auf-Probe-Besitzer ein Aufbauseminar besuchen muss, wird es auch in Zukunft interessante Entscheidungen zur Problematik geben.

## WEITERBILDUNG

### Verantwortung übernehmen – GdP-Führungskräfte-seminar

**„WESSEN WIR AM MEISTEN IM LEBEN BEDÜRFTEN IST JEMAND, DER UNS DAZU BRINGT, DAS ZU TUN, WOZU WIR FÄHIG SIND!“**

**Dieses Zitat von Ralph Waldo Emerson, eines amerikanischen Philosophen und Schriftstellers, erfasst nicht nur das Ziel des Seminars, sondern auch das Ergebnis in einer besonderen Weise. Genau diese Anleitung war es, die alle Teilnehmer des diesjährigen Führungskräfte-Trainings der Gewerkschaft der Polizei (GdP) im Juni in Potsdam motivierte und ihnen Selbstvertrauen gab.**

Im ersten Modul nahmen 17 engagierte Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter aus 14 Ländern und Bezirken teil. Wie in den Seminaren zuvor, leiteten Anke Fabian sowie Torsten Rohde das Training. Sie boten nicht nur reines Faktenwissen an, sondern forderten die Teilnehmer auch auf, sich aktiv mit einzubringen und förderten hierdurch den allgegenwärtigen Wissenstransfer – auch nach Seminarschluss.

Die Fragen „Was macht lageangepasst eine Führungspersönlichkeit, den Führungsstil und die Entscheidung aus?“ galt es unter Einbeziehung des polizeilichen Vorwissens, in die Organisation und Struktur der GdP, insbesondere der Vertretungen in politischen Bereichen im Innen – und Außenverhältnis, umzusetzen. Klar ist, dass „wenn die See ruhig ist, jeder das Steuerrad halten kann“. Doch Führung heißt Verantwortung übernehmen und sich aktiv im Sinne des Gemeinwohls in die Organisation einzubringen, gerade in stürmischen Zeiten.

Während der vier Seminartage wurde die Kreativität in der Problemanalyse gefördert, zugleich Präsentationstechniken optimiert. Im Ergebnis der Fremd- und Selbstwahrnehmung stand auch die Analyse der eigenen



**Teilnehmerinnen und Teilnehmer des 1. Führungskräfte-Trainings mit dem GdP-Bundesvorsitzenden Oliver Malchow.**  
**Foto: Torsten Rohde**

Persönlichkeit. Die von Anke Fabian aufgeworfenen Fragen „Habe ich meine Meinung transparent, Adressaten adäquat und sozialpolitisch gerecht vertreten um die geforderte/-n Veränderung/-en zu erreichen? Wie kann ich hierbei die Unterstützung von anderen erlangen?“ beschäftigten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer und führten dazu, dass sie sich selbstkritisch betrachteten und letztendlich an sich arbeiten und somit verbessern

konnten. Zudem zeigte es allen Anwesenden, wie wichtig die gegenseitige Unterstützung ist.

Durch den fortwährenden Austausch erhielten sie Impulse für Projekte und Innovationen im eigenen Verantwortungsbereich. Führung heißt beispielsweise auch, dass manchmal das Unmögliche gewagt und gefordert werden muss, um das Mögliche zu erreichen. Gleichzeitig bedeutet es aber, dass alles Handeln verhältnismäßig und transparent sein muss – das spezifische Erfahrungswis-

sen und das Allgemeinwohl stehen im Vordergrund. Wichtig ist ebenfalls, gesichertes Wissen durch aktive Netzwerkarbeit zu erlangen und dieses dann weiterzugeben. Niemand kann und weiß alles. Doch miteinander im Team sind wir als Gewerkschafter und Kollegen unschlagbar.

Auf geht's in die zweite Runde des Führungskräfte-seminars.

**Karin Dullnig, Bezirksfrauenvorstand der Bundespolizei**



# Im Blick: Gleichstellungsbeauftragte bei der Polizei

Von Dr. Andrea Jochmann-Döll

**Die Arbeit von Gleichstellungsbeauftragten bei der Polizei stand im Mittelpunkt eines Forschungsprojekts der Hans Böckler Stiftung. Es ging um Erfahrungen und Sichtweisen sowie die Rahmenbedingungen ihrer Arbeit. Aber auch um ihre Unterstützung durch die Gewerkschaft der Polizei (GdP). Die Ergebnisse liegen nun vor.**

In der Frauengruppe und auf GdP-Tagungen wurden die Arbeitsbedingungen und Erfahrungen der Gleichstellungsbeauftragten immer wieder engagiert diskutiert. Dadurch entstand im Bundesfrauenvorstand die Idee, ein Forschungsprojekt zu initiieren, das systematisch Aspekte der Arbeit von Gleichstellungsbeauftragten beleuchtet. Die leider verstorbene Bundesfrauenvorsitzende Dagmar Hölzl, selbst Beauftragte für Chancengleichheit im Landeskriminalamt Baden-Württemberg, hat dieses Projekt unermüdlich unterstützt und begleitet. Ihrem Andenken sind die Ergebnisse gewidmet.

## Inhalte und Methoden des Projekts

Das Projekt gliederte sich in drei Teile. Erstens ging es um die gesetzlichen Rahmenbedingungen als Grundlage der Arbeit. Hierfür wurden das Bundesgleichstellungsgesetz und die Landesgleichstellungsgesetze der beteiligten Länder im Hinblick auf die Ausgestaltung der Beteiligungs-, Ein-

spruchs- und Klagerechte, der Regelungen zu Ressourcen und Entlastung beziehungsweise Freistellung sowie zur Wahl oder Bestellung der Gleichstellungsbeauftragten miteinander verglichen und in Übersichten dargestellt. Beteiligt waren Baden-Württemberg, Bayern, Bremen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Mecklenburg-Vorpommern, Rheinland-Pfalz, das Saarland, Thüringen und die Bundespolizei.

Zweitens wurden die Sichtweisen der Gleichstellungsbeauftragten zu Erfolgen und Misserfolgen ihrer Arbeit sowie ihre Erfahrungen mit unterstützenden und hinderlichen Faktoren erfragt. Außerdem wurden ihre Empfehlungen und Erwartungen für die künftige Gleichstellungsarbeit gesammelt.

Dies geschah in vier Gruppeninterviews: halbtägige, Workshop-ähnlich moderierte Veranstaltungen, an denen 28 Gleichstellungsbeauftragte der Polizei aus den genannten Ländern und von der Bundespolizei teilnahmen. Zusätzlich wurden fünf Gleichstellungsbeauftragte aus Bonner Bun-



DP-Autorin Dr. Andrea Jochmann-Döll

Foto: privat

desbehörden befragt, um festzustellen, ob sich deren Sichtweisen und Erfahrungen grundsätzlich unterscheiden.

Drittens wurde untersucht, welche Unterstützung die Gleichstellungsbeauftragten bislang von der GdP erhalten haben und welche künftigen Maßnahmen und Schwerpunkte hilfreich wären. Hierzu wurden öffentliche und GdP-interne Dokumente ausgewertet sowie entsprechende Fragen bei den Gruppeninterviews gestellt. Da 26 Teilnehmerinnen GdP-Mitglied waren, können die Antworten auf die Gewerkschaft bezogen werden.

## Gleichstellungsbeauftragte und ihre Rechte

Die Gleichstellungsgesetze des Bundes und der Länder sehen unterschiedliche Regelungen vor, so dass sich die rechtlichen Rahmenbedingungen für die Gleichstellungsarbeit deutlich unterscheiden. Insgesamt konnte die Durchsetzbarkeit ihrer Rechte die Gleichstellungsbeauftragten überwiegend nicht zufriedenstellen – hier sind aus ihrer Sicht spürbare Nachbesserungen erforderlich. Dies gilt, auch wenn einige Gleichstellungsgesetze in der jüngeren Vergangenheit novelliert und teilweise verbessert wurden, insbesondere mit Blick auf die Rechtsstellung der Gleichstellungsbeauftragten, auch im Verhältnis zum Personalrat, die zumindest formale Sicherung und Verbesserung personeller, sachlicher und räumlicher Ressourcen, wirkungsvollere Druckmittel bei Widersprüchen durch Schlich-

## Reise & Erholung

**Action mit wasser-c-raft in Tirol**  
**Spezial Polizeiangebote:**  
 Raft- & Canyon-tour €/Person 123,-  
 Unterkunft über uns buchbar.  
 Infos: +43 5252 6721  
 office@rafting-oetztal.at  
 www.rafting-oetztal.at

Bayerischer Wald, komf. FeWo v. Kollegen  
 ab 2 Pers., ab 35 €/Tag, 93485 Rimbach, Tel./Fax:  
 0 99 41/7118, [www.ferienwohnung-gammer.de](http://www.ferienwohnung-gammer.de)

Franken bei Bamberg,  
 eigene Metzgerei, Waldreiche Gegend, Lift,  
 75 Betten, Menüwahl, HP 5 Tage ab 188,- €,  
 Gruppenangebote anfordern. Tel. 0 95 35/2 41,  
[www.zur-sonne-urlaub.de](http://www.zur-sonne-urlaub.de)

MAURITIUS von Privat  
[www.mauritius-traumvilla.de](http://www.mauritius-traumvilla.de)

[www.Polizeifeste.de](http://www.Polizeifeste.de)

[www.PolizeiDeinPartner.de](http://www.PolizeiDeinPartner.de)



tungsverfahren oder das Einräumen von Klagerechten und eindeutig formulierte Fortbildungsansprüche.

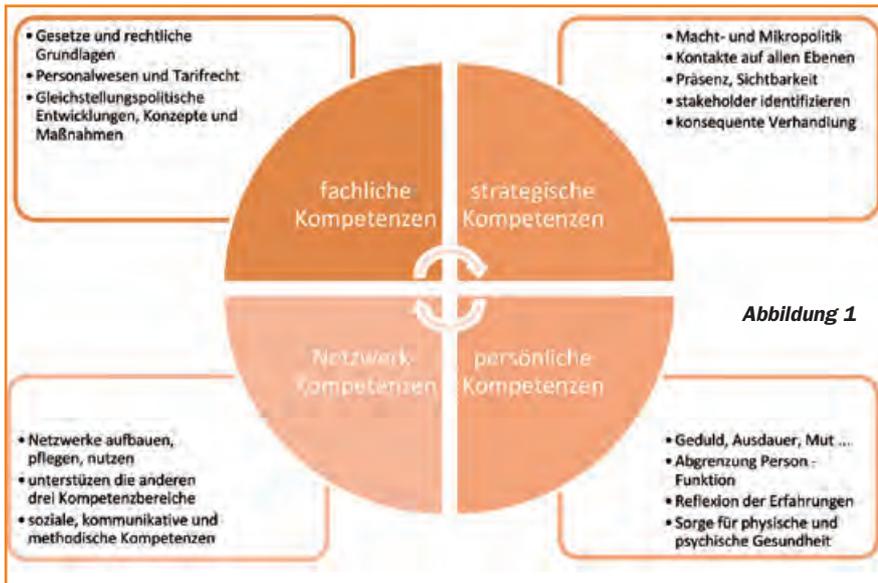
Diese Verbesserungen gelten allerdings noch nicht für alle Gleichstellungsgesetze. Zudem wurden sie von den befragten Gleichstellungsbeauftragten auch nicht als ausreichend beurteilt. Dies gilt insbesondere für die personelle Ausstattung und die Freistellungsansprüche, das Fehlen wirkungsvoller Sanktionen bei gleichstellungswidrigen Entscheidungen und Maßnahmen der Dienststellen und ein entsprechendes Klagerecht.

senen Bewertung und Eingruppierung der Funktion Gleichstellungsbeauftragte wieder.

**U**nterstützung und Hindernisse für erfolgreiche Gleichstellungsarbeit können in Regelungen, Strukturen, Personen und ihren Funktionen sowie in Ressourcen liegen. In dieser Hinsicht unterschieden sich die Arbeitsbedingungen der befragten Gleichstellungsbeauftragten deutlich voneinander.

Die prognostizierten Schwerpunkte

künftiger Gleichstellungsarbeit deckten eine breite Palette ab und sind sicherlich spezifisch für einzelne Behörden, Länder oder den Bundesbereich auszuwählen. Erkennbar war jedenfalls der Trend zur Behandlung übergreifender Themen, zur Gestaltung von Verfahren statt Einzelfällen und zur strategischen Ausrichtung der Gleichstellungsarbeit. Hier und auch bei den übrigen Fragen unterschieden sich die Sichtweisen und Erfahrungen der Gleichstellungsbeauftragten der Polizei und aus Bonner Bundesbehörden nicht systematisch voneinander.



Abbildungen: Dr. Jochmann-Döll

## Gleichstellungsbeauftragte und ihre Gewerkschaft

Auf Bundesfrauenkonferenzen und -kongressen hat die GdP mit Beschlüssen zu weichenstellenden Themen für die Arbeit der Gleichstellungsbeauftragten Stellung bezogen. Wahrscheinlich noch mehr als dadurch hat sie die Arbeit der Gleichstellungsbeauftragten jedoch durch die bislang vier Gleichstellungstagungen wertgeschätzt und unterstützt. Mit ihnen wurde eine Plattform geschaffen für den persönlichen und informellen Austausch und das Knüpfen von Netzwerken sowie für fachliche Diskussionen und Weiterentwicklung, die von den befragten Gleichstellungsbeauftragten wertgeschätzt und auch weiter gewünscht wird.

## Gleichstellungsbeauftragte und ihre Arbeit

Gleichstellungsbeauftragte haben ein vielfältiges und breites Verständnis von Erfolg und Misserfolg der Gleichstellungsarbeit. Erfolgreiche Gleichstellungsarbeit wird zunehmend als Veränderungsprozess verstanden, der kulturelle Veränderungen sowie Veränderungen der Rahmenbedingungen für Gleichstellungsarbeit gleichzeitig benötigt und bewirkt. Dies hat auch Auswirkungen auf die erforderlichen Kompetenzen von Gleichstellungsbeauftragten hin zu denen einer „Change Managerin“. Sie können als Zusammenspiel von fachlichen, strategischen, persönlichen und Netzwerk-Kompetenzen beschrieben werden (siehe Abbildung 1). Diese, für die vielfältigen und anspruchsvollen Aufgaben erforderlichen Kompetenzen finden sich allerdings noch nicht in einer angemess-



**D**arüber hinaus wären gewerkschaftliche Bildungsangebote für die Zielgruppe der Gleichstellungsbeauftragten und deren Unterstützung bei der Gestaltung eines partnerschaftlichen Verhältnisses zu den Personalräten hilfreich. Durch eine Steigerung des Frauenanteils in GdP-Führungsfunktionen, eine konsequente und durchgängige Berücksichtigung gleichstellungspolitischer Aspekte bei allen Entscheidungen und Maßnahmen sowie



die Einbeziehung aller Mitglieder in gleichstellungspolitische Diskussionen kann die Arbeit der Gleichstellungsbeauftragten mittelbar unterstützt werden. Ganz unmittelbar könnten konkrete Arbeitshilfen die alltägliche Arbeit erleichtern.

**Fazit**

Gleichstellungsarbeit wird sich nach den Erfahrungen und (Miss-)Erfolgen der ersten Jahrzehnte neu orientieren und als organisatorischer Veränderungsprozess zu gestalten sein. Die GdP kann dazu beitragen, die Rahmenbedingungen der Gleichstellungsarbeit hierfür zu optimieren und die erforderliche persönliche und berufliche Entwicklung der Gleichstellungsbeauftragten zu begleiten und zu fördern. Dazu gehört selbstverständlich die Nachzeichnung ihrer beruflichen Entwicklung und die angemessenen Bewertung und Eingruppierung des Amtes Gleichstellungsbeauftragte.

**Die Studie steht als Working Paper Nr. 81 mit dem Titel „Gleichstellung ist Arbeit! Erfahrungen und Perspektiven der Gleichstellungsarbeit bei der Polizei“ zum kostenlosen Download auf der Internetseite [www.boeckler.de](http://www.boeckler.de) zur Verfügung.**



# Überlastungsanzeigen – Möglichkeiten und Grenzen für Beschäftigte in der Polizei

**Auch im öffentlichen Dienst ist der Arbeitsalltag zunehmend geprägt von Arbeitsverdichtung und ständig neu hinzukommenden Aufgaben für die Beschäftigten. Gleichzeitig werden jedoch Stellen abgebaut und/oder nicht neu besetzt.**

Wenn ein Arbeitnehmer an die physischen oder psychischen Grenzen seiner Belastung gelangt, so dass absehbar ist, dass die arbeitsvertraglich festgelegten Aufgaben nicht oder nur noch unzureichend erfüllt werden können, besteht die Möglichkeit, dieses in einer sogenannten Überlastungsanzeige zu formulieren.

Die Überlastungsanzeige existiert zwar weder arbeitsrechtlich noch ist sie Bestandteil eines Tarifvertrages. Vielmehr wird der Begriff aus dem Vertragsrecht auf Grundlage des Bürgerlichen Gesetzbuches (BGB) abgeleitet. Demnach sind Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sogar verpflichtet, dem Arbeitgeber kritische Situationen und gegebenenfalls drohenden Schaden anzuzeigen. Das Instrument dazu kann hierbei auch als Be-/Entlastungsanzeige, Risikoanzeige oder Gefährdungsanzeige bezeichnet werden.

## Wie soll eine Überlastungsanzeige aussehen?

Im Internet finden sich eine ganze Reihe von Vordrucken und Beispiel formularen. Eine (schriftliche) Überlastungsanzeige, die an den direkten Vorgesetzten adressiert wird, sollte neben dem Datum und Namen des/der betroffenen Beschäftigten eine detaillierte Schilderung der Situation und daraus entstehenden dienstlichen und persönlichen Folgen enthalten. Denkbar sind auch Vorschläge zu konkreten Maßnahmen, mit denen der Arbeitgeber Abhilfe schaffen kann. Es empfiehlt sich, gleichzeitig den Personalrat und gegebenenfalls die Schwerbehindertenvertretung sowie beispielsweise den Betriebsarzt in Kenntnis zu setzen.

Je nach Art der angezeigten Überlastung können kurz-, mittel- und langfristige Maßnahmen seitens des Arbeit-

## Kapitalmarkt

**Beamtenkredit 10.000 € - 120.000 €**

- Vorteilzins für den öffentl. Dienst
- Umschuldung: Raten bis 50% senken
- Baufinanzierungen echt günstig

**0800 - 1000 500** Free Call  
Wer vergleicht, kommt zu uns.  
Seit über 40 Jahren.

**NEUER exklusiver Beamtenkredit** - Unser bester Zins aller Zeiten - Sensationell günstig

**2,50%** echter Vorteilzins  
effektiver Jahreszins

**SUPERCHANCE** Teurere Kredite, Beamtenkredit, Beamtenkredit, Beamtenkredit & Girokredite sofort entspannt umschulden. Reichsparen mit unserem neuen Exklusivzins, warum mehr zahlen. Unser neuer und bester Zins aller Zeiten, noch nie waren die Zinskosten so gering!

**Deutschlands günstiger Spezial-Beamtenkredit ohne Versicherungen!**

Repr. Beispiel gemäß §6a PAngV (2/3 erhalten): 50.000 €, Lfz. 120 Monate, 2,50% off. Jahreszins, fester Sollzins 2,47% p.a., mitl. Rate 470,70 €, Gesamtbetrag 56.454,- € Vorteil: Kleinzins, kleine Rate, Annahme: gute Bonität.

**AK FINANZ**  
Exklusivzins  
sehr gut

Kapitalvermittlungs-GmbH  
E3, 11 Planken  
69159 Mannheim  
Tel.: (0621) 478180-0  
info@ak-finanz.de  
[www.ak-finanz.de](http://www.ak-finanz.de)

**Hypotheken, Beamten- u. Angestelltendarlehen, Ratenkredite, Forwarddarlehen, Ratenkredite**

Lösen Sie teure Kredite ab und senken Sie die monatlichen Kosten.

Individuelle Beratung und beste Konditionen vermittelt:

**IFS Hans-Joachim Janke**  
Königswall 1 • 44137 Dortmund  
[www.ifs-janke.de](http://www.ifs-janke.de) • Tel. 0231/9 14 51 45

**KREDIT** bis € 80.000,-  
**PECUNIA GmbH seit 1980**

ohne Auskunft bis € 15.000 – keine Bearbeitungsgebühr – Laufzeit bis 10 Jahre – auf Wunsch keine Restschuldversicherung – Bis zum 95. Lebensjahr

**Tel. 0201/22 13 48**  
45127 Essen • Gänsemarkt 21  
[www.pecunia-essen.de](http://www.pecunia-essen.de)

**Top-Finanzierung für Beamte, Angestellte, Arbeiter im Öffentlichen Dienst sowie Akademiker** Seit 1997

**Unser Versprechen: „Nur das Beste für Sie aus einer Auswahl von ausgesuchten Darlehensprogrammen“**

Schnell und sicher für jeden Zweck: Anschaffungen, Ablösungen von anderen Krediten oder Ausgleich Kontoüberziehungen.

Immobilien-Finanzierung mit Zinsfestschreibung bis zu 20 Jahren oder für die gesamte Laufzeit.

→ Unverbindliche Finanzierungsberatung für Sie. Rufen Sie uns jetzt gebührenfrei an oder besuchen Sie unsere Webseite.

**Top-Finanz.de • Nulltarif-☎0800-33 10 332**  
Andreas Wendholt • Kapital- & Anlagevermittlung • Prälat-Höing-Str. 19 • 46325 Borken

**www.Polizeifeste.de**  
**Alle Polizeifeste auf einen Blick**

**JETZT INFORMIEREN!**  
Viele Informationen und Tipps auf dem **Präventionsportal** der Gewerkschaft der Polizei

**POLIZEI DEIN PARTNER**  
Gewerkschaft der Polizei  
Das Präventionsportal





entsprechende Maßnahmen zur Verhütung von Dienst- und Arbeitsunfällen und sonstigen Gesundheitsschädigungen ergreifen möchte, müssen gemäß der Landespersonalvertretungsgesetze die Personalräte mit einbezogen werden. Die Mitbestimmung im Arbeits- und Gesundheitsschutz innerhalb einer Dienststelle ist ureigene Aufgabe der Personalvertretungen und nach dem Arbeitsschutzgesetz sind diese auch berechtigt, Erstellung und Aktualisierung von Gefährdungsbeurteilungen für einzelne Arbeitsbereiche von der Dienststelle zu fordern. Auf deren Grundlage können die Überlastungsanzeigen wiederum betrachtet und daraus folgende Maßnahmen überprüft und bewertet werden.

## Grenzen und Schwierigkeiten

Das Betriebsklima muss derart gestaltet sein, dass Beschäftigte sich trauen, eine subjektiv empfundene Überlastung anzuzeigen, ohne etwa mit persönlichen Nachteilen rechnen zu müssen. Die konkrete Beschreibung der Situation ist dabei erheblich und darf keinesfalls zu vage formuliert sein. Da

die Belastungen individuell empfunden werden und die Beanspruchung der Beschäftigten zusätzlich zum Beispiel von Faktoren wie Alter, Gesundheit und persönlicher Konstitution abhängt, kann nur durch systematische Erhebung eine einzelne Überlastungsanzeige ausgewertet und im Kontext des gesamten Arbeitsbereiches innerhalb einer Dienststelle betrachtet werden.

Fazit: Überlastungsanzeigen stellen ein bislang wenig beachtetes und doch gutes Instrument für Arbeitnehmer dar, um in Überlastungssituationen im Beschäftigungsverhältnis zielführend mit Arbeitgeber und Personalvertretung auf eine bilaterale Lösung hinzuwirken. Transparenz und Nachvollziehbarkeit im Umgang mit der Anzeige und den daraus resultierenden Maßnahmen und Konsequenzen müssen jedoch Voraussetzung sein.

Imme Hildebrandt

Die Studie Nr. 338 „Überlastungsanzeigen“ zum kostenlosen Download auf der Internetseite [www.boeckler.de](http://www.boeckler.de) zur Verfügung.



gebers erfolgen: von einer Überprüfung der Arbeitsorganisation und des realen Personalbedarfes bis zur Umverteilung von Aufgaben, Qualifizierung von Beschäftigten und Einsatz von zusätzlichem Personal können diese reichen.

Spätestens, wenn der Arbeitgeber aufgrund der angezeigten Situation

## +++ BUNDESKONGRESS-TICKER +++ BUNDESKONGRESS-TICKER +++ BUNDESKONGRESS-

# Kongress-Homepage freigeschaltet

**Wie bereits beim letzten GdP-Bundeskongress 2014 haben die „EDV“ der Hildener Organisations- und Service Gesellschaft (OSG) und die GdP-Pressestelle Bund eine separate Homepage für das alle vier Jahre stattfindende gewerkschaftspolitische Großereignis gebaut.**

Die unter der Adresse: „[www.gdp-bundeskongress-2018.de](http://www.gdp-bundeskongress-2018.de)“ zu erreichende Informationsplattform rund um den Ende November in Berlin veranstalteten Kongress ist mittlerweile online erreichbar und füllt sich nach dem „Mühsam-ernährt-sich-das-Eichhörnchen-Prinzip“ mit Nachrichten, Hintergründen und Serviceinfos. Natürlich gibt es noch Baustellen, und einige Bereiche sind auch noch nicht freigeschaltet, aber, je näher es auf den Kongress zugeht, desto umfangreicher werden dort Kongressinformationen präsentiert, zu finden oder zum Download verfügbar sein.

mzo



Screenshot: Zielasko



## Bürger nah, robust, digital: Niedersachsens Polizei auf dem Weg in die Zukunft

**Gemeinsam mit dem ‚Behörden Spiegel‘ hat die Gewerkschaft der Polizei (GdP) Anfang September den Polizeitag in Hannover veranstaltet. Unter dem Titel „Bürger nah, robust, digital: Niedersachsens Polizei auf dem Weg in die Zukunft“ wurde über die Auswirkungen der Digitalisierung, den Entwurf des Niedersächsischen Polizei- und Ordnungsbehörden-gesetzes (NPOG) und das Thema Bürger nah diskutiert. Der GdP-Landesvorsitzende und stellvertretende Bundesvorsitzende Dietmar Schilff begrüßte unter den rund 80 Teilnehmern den Landespolizeipräsidenten Axel Brockmann, Landespolizeidirektor Knut Lindenau und mehrere Behördenleiter.**

Zur Eröffnung mahnte Brockmann, dass ihn die Vorgänge in Chemnitz an das „dunkelste Kapitel unserer Geschichte erinnern“. Er bekräftigte, dass das Gewaltmonopol bei der Polizei liege, die in der Bevölkerung ein hohes Vertrauen genieße.

Schilff kritisierte, dass sich die Länder nicht auf ein Muster-Polizeigesetz einigen konnten. Er lobte die Anhörungen im Innenausschuss in Hannover, bei der viele Initiativen und Or-

ganisationen Gehör fanden. Es werde sicherlich Nachbesserungen geben. An die Politik richtete der GdP-Landeschef den Auftrag, Missverständnisse auszuräumen. Bei einigen Kritikern sei der Eindruck entstanden, dass durch das neue Polizeigesetz „Taser gegen Demonstrierende“ eingesetzt werden sollten.

Matthias Schröder, Referatsteilnehmer im Landespolizeipräsidium, gab den Anwesenden einen Ausblick auf die



**Niedersachsens GdP-Vorsitzende Dietmar Schilff kritisierte, dass sich die Länder nicht auf ein gemeinsames Polizeigesetz einigen konnten.**

Entwicklung von Technik und Einsatzmitteln in Zeiten der Digitalisierung. Die Planungen um eine Weiterentwicklung der Online-Wache und die Präsenz in den sozialen Medien seien



**Unter den rund 80 Teilnehmenden befand sich Landespolizeipräsident Axel Brockmann (2. von links), der die Eröffnungsrede hielt.**

**Fotos (2): Philipp Mantke**



gute Beispiele für die Bürgernähe der niedersächsischen Polizei. Die Digitalisierung aus Sicht der Personalräte war Inhalt der Ausführungen vom Vorsitzenden des Polizeihauptpersonalrates Martin Hellweg. Sie habe „weitreichende Chancen, aber auch Risiken. Menschen könnten unterstützt, aber auch ersetzt werden“, so Hellweg. Als Personalrat habe er die Aufgabe, „auf die Risiken für den Menschen“ hinzuweisen, auch, wenn die Vorteile der Digitalisierung sicherlich für die Polizeiarbeit überwiegen mögen.



**Auch auf die Problematik der Vermischung von Arbeit und Freizeit ging Gwendolin von der Osten, Sprecherin des GdP-Arbeitskreises höherer Dienst in Niedersachsen, ein. Fotos (2): Philipp Mantke**

Gwendolin von der Osten, Sprecherin des GdP-Arbeitskreises höherer



**Bei einer Diskussionsrunde debattierten die MdL Thomas Adasch (CDU, 2.v.r.), Karsten Becker (SPD), Belit Onay (Grüne) und der niedersächsische GdP-Landesvorsitzende Dietmar Schillff (r.) über das NPOG.**

Dienst und Leiterin der Polizeiinspektion Mitte in Hannover, riet mit dem Titel „Robuste Polizei vs. Bürgerpolizei“ zu Vorsicht, nicht auf jeden Zug aufzuspringen, der gerade modern sei. So solle bei der Debatte um die Einführung von Tasern besonnen und sachlich diskutiert werden.

Eine mit Vertretern aus der Politik besetzte Diskussionsrunde, die von Uwe Proll, Herausgeber des ‚Behörden

Spiegel‘, moderiert wurde, schloss den Polizeitag ab. Das NPOG stellte auch hier den inhaltlichen Schwerpunkt dar. Deutlich kritisierte Schillff einen Tweet der Grünen Niedersachsens zum NPOG, der beinhaltete, dass Bürgerrechte abgebaut würden und sich das Land auf dem Weg zum Polizeistaat befände. Er forderte dazu auf, nicht mit „Fake News“ Stimmung zu machen. Philipp Mantke

## Ein Landesredakteur sagt Tschüss!

Von Lüder Fasche, GdP-Landesvorsitzender Bremen

**Auch in Bremen sagt man Tschüss. Klingt wie ein kleiner Abschied. Kann aber auch ein Großer sein. So wie jetzt bei Wolfgang Ahlers. Ein Urgestein. Nicht nur im Bremer Mobilen Einsatzkommando, sondern auch im Landesbezirk, geht in den Ruhestand.**

Im Jahre 1971 begann die Karriere von Wolfgang Ahlers mit gerade einmal 16 Jahren bei der Polizei Bremen. Nach seiner Ausbildung, 1974, trat Wolfgang in die GdP ein, der er bis zum heutigen Tage, also bereits 44 Jahre treu blieb.

Die meiste Zeit seiner polizeilichen Laufbahn verbrachte er seit 1980 beim Mobilen Einsatzkommando der Polizei Bremen. Von 1984 bis 1987 kümmerte er sich zwischenzeitlich um Einbrüche. Diese kurze Pause zeigte ihm jedoch, dass seine wahre Heimat das MEK ist. So kehrte er zu seiner dienstlichen Heimat zurück und betreute seitdem 20

Jahre lang die Technik der Spezialeinheit. „Ich bin liebend gern nachts in der Stadt unterwegs gewesen.“, erzählt Wolfgang. Ein prägendes Ereignis der Karriere war für ihn eindeutig die Gladbeck Geiselnahme im Jahre 1988.

Wolfgang Ahlers Engagement war nie an Zeiten gebunden. So erwarb er sich den inoffiziellen Titel „Überstundenkönig“ der Bremer Polizei und verlängerte seine Lebensarbeitszeit freiwillig um drei weitere Jahre.

Im Landesbezirk der GdP Bremen übernahm Wolfgang alsbald den Vorsitz der Fachgruppe Kriminalpolizei.

Ein besonderes Ausrufezeichen setzte er bei der Einführung der zweigeteilten Laufbahn in Bremen, die damals Modellcharakter für die meisten Polizeien Deutschlands entwickeln sollte. Wolfgang war einer der Vorkämpfer in dieser Sache. Insofern haben viele Kollegen Wolfgang mehr zu verdanken als sie denken.

1996 erbte Wolfgang das Amt des Landesredakteurs von Wolfgang Karzenburg. Und wenn die Artikel der Kollegen für DEUTSCHE POLIZEI auch noch so spät oder mal gar nicht kamen, Wolfgang hat es immer noch wieder geschafft, einen der besten Landesteile in der Zeitschrift zu zaubern. Dafür kann man ihm gar nicht genug danken. Dass er jetzt nicht von einen auf den anderen Tag als Landesredakteur aufhört, spricht für ihn. Die Einarbeitung



eines Nachfolgeteams liegt dem frischgebackenen Opa am Herzen. Geht es nach dem GdP-Landesvorstand, darf es auch ruhig noch etwas dauern. Zeit hast du doch jetzt Wolfgang, oder? ■

*Lieber Kollege Ahlers, lieber Wolfgang, aus der Redaktion DEUTSCHE POLIZEI senden wir Dir die besten Wünsche für den wohlverdienten Ruhestand.*

*Wir möchten nicht versäumen, Dir auch von Berlin aus für Deinen langjährigen engagierten Redakteurereinsatz zu danken. Und so, wie wir lesen, fängt der Opa-Einsatz jetzt ja so richtig an. Also ist Langeweile nachhaltig vorgebeugt. Man sieht sich bestimmt mal wieder ... toi, toi, toi.*

**Redaktion DEUTSCHE POLIZEI  
Bundesteil**

**Der Bremer Polizeipräsident Lutz Müller ließ es sich nicht nehmen, Wolfgang Ahlers selbst die Entlassungsurkunde auszuhändigen.**

**Foto: Stefan Alken/Pressestelle Polizei Bremen**



## GdP-Spitze beim Innenminister: Offener Austausch über Polizeiprobleme

**Schleswig-Holsteins Innenminister Hans-Joachim Grote hat GdP-Vertreter zu einem rund einstündigen Gespräch ins Kieler Ministerium eingeladen. Der GdP-Landesvorsitzende Torsten Jäger erschien in Begleitung seines Stellvertreters Sven Neumann und Swantje Stieh aus dem Vorstand der JUNGEN GRUPPE (GdP). Neben Grote waren Innenstaatssekretär Torsten Geerds und der Persönliche Referent Jürgen Herdes anwesend.**

Vor allem die Stimmungslage in der Landespolizei lag den GdP-Vertretern auf dem Magen. So führten zu Verdruss in den Reihen der Polizei die lange Dauer bei der seit 1. März geltenden Umsetzung der Wochenarbeitszeitverkürzung für Schichtdienstleistende, insbesondere Irritationen und unterschiedliche Interpretationen bei der Erfassung und Festlegung von „Begünstigten“. Trotz Bemühungen der hierfür Verantwortlichen wachse in der Mitarbeiterschaft das Misstrauen in die seinerzeit mit großer Zustimmung aufgenommenen Ankündigungen des Ministers.

Grote zeigte sich überrascht über die

verzögerte Umsetzung. In Übereinstimmung mit ihm empfahl Staatssekretär Geerds, die bis Monatsende gesetzte Rückmeldefrist aus den Behörden abzuwarten. Gegebenenfalls müssten in der Folge zumindest die klaren Fälle geregelt beziehungsweise umgesetzt werden.

Darüber hinaus erreichten die GdP zunehmend kritische Stimmen zu den neuen Beurteilungsrichtlinien und der Dienstpostenbewertung für die Landespolizei. So führten die veränderten Beurteilungswerte und vor allem die Spreizung von vormals fünf auf sechs Stufen die Gefahr von nicht

nachvollziehbaren und ungewollten Überholeffekten, die zu Verdruss bei den Betroffenen führten und derzeit Stellungsbesetzungsverfahren lähmten. Auch die Dienstpostenbewertung würde nach Rückmeldungen aus der Mitarbeiterschaft derzeit an Akzeptanz einbüßen. Eine Reihe von Kolleginnen und Kollegen beklagten, die Analytik der Dienstpostenbewertung nicht mehr nachvollziehen zu können.

### Wasserschutzpolizei wieder stärken

Einvernehmen zeigten die GdP-Vertreter zu der vom Minister angekündigten Absicht, die Wasserschutzpolizei wieder zu stärken. „Die Wasserschutzpolizei hat in den letzten Jahren gelitten“, so Jäger. Einer Stärkung bedürfe aber auch die Spezialisierte Verkehrsüberwachung. Beide Bereiche müssten



## AUS DEN LÄNDERN

wieder an Stellenwert gewinnen und zu Kernaufgaben der Polizei werden.“ Grote unterstrich seine Absicht, der Wasserschutzpolizei wieder den Status einer eigenen Organisationseinheit mit eigener Personalverantwortung und -perspektive zu geben und damit auch nach außen und innen wieder wahrnehmbarer zu machen. Die Notwendigkeit einer Stärkung signalisierte der Minister auch für die „spezialisierte Verkehrspolizei“. Hier wäre ein eigenständiger Bereich beispielsweise als Inspektion denkbar.

Neumann wies auf die anstehenden Probleme im Zusammenhang mit der Neuverteilung von Kraftfahrzeugen in der Landespolizei hin, wonach aus einigen Bereichen Fahrzeuge im unteren zweistelligen Bereich abgegeben werden müssten. „Dies kann in Teilbereichen zu Einschränkungen der Funktionsfähigkeit führen“, gab er zu bedenken. Die Polizeidirektionen Kiel-Plön, Flensburg und Bad Segeberg wären besonders von den Reduzierungen betroffen. Ein Austausch mit dem Leiter des polizeilichen Managements im Landespolizeiamt (LPA) und



**Innenminister Hans-Joachim Grote (vorne links), Innenstaatssekretär Torsten Geerds (v. r.) und der Persönliche Referent des Ministers Jürgen Herdes (r.) im Austausch mit dem GdP-Landesvorsitzenden Torsten Jäger (l.), seinem Stellvertreter Sven Neumann (m.) und Swantje Stieh (JUNGE GRUPPE). Fotos (2): Thomas Gründemann**

zeuge könne die Landespolizei sonst ihre Aufgaben nicht professionell und angemessen schnell erledigen.

Vor dem Hintergrund der Ausschreitungen in Chemnitz forderte Jäger erneut die Bildung einer zweiten Einsatzhundertschaft. Den GdP-Vorstoß

Behörden zu beschleunigen und auch die Betreuung der Flüchtlinge zu verbessern. Kritisch stehe die GdP zu sehr großen, zentralen Unterbringungen unzähliger perspektivloser Menschen. Das führe zwangsläufig zu Problemen.

Swantje Stieh verwies auf die Positionen der JUNGEN GRUPPE (GdP) aus dem Strategiepapier „Polizei 2030“. Dabei bekräftigte sie die Erwartung, die Anzahl der Aufsteiger aus dem mittleren in den gehobenen Polizeidienst zeitnah von derzeit 25 auf 50 zu erhöhen. „Wir hoffen, in diesem Bereich besser zu werden und eine höhere Auslastung der Aufsteigerklassen langfristig realisieren zu können“, zeigten Grote und Geerds Verständnis für die Erwartung und kündigten eine Prüfung an.

Stieh erneuerte die Forderung nach gesundheitsschonenden Schichtsystemen und die Reduzierung der Wochenarbeitszeit für Schichtdienstleistende auf 36 Stunden. Auch mit Blick auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sei mittel- und langfristig eine generelle Verkürzung der Wochenarbeitszeit anzustreben.

Beide Seiten zeigten sich mit dem Gespräch zufrieden. „Es war wieder ein Austausch in großer Offenheit. Das Interesse der beiden Ministeriumsspitzen an der Polizei und ihren Themen ist bemerkenswert und wohltuend“, fasste Jäger die Eindrücke der GdP-Delegation zusammen. Ähnlich äußerte sich Grote. „Die GdP gibt mir immer ein ungeschminktes Bild von der Stimmung und den Problemen in der Landespolizei. Das ist für mich sehr hilfreich“, stellte er fest.

**Thomas Gründemann**



**Innenminister Hans-Joachim Grote (4. v. l.), Innenstaatssekretär Torsten Geerds (2. v. l.) und der Persönliche Referent des Ministers, Jürgen Herdes (l.), empfangen die GdP-Delegation mit dem Landesvorsitzenden Torsten Jäger (3. v. l.), Swantje Stieh (JUNGE GRUPPE) und dem Stellvertretenden Landesvorsitzenden Sven Neumann (r.).**

Innenministerium, Leitender Polizeidirektor (LPD) Thomas Thiede, sei bereits geführt worden. Neumann sagte, die derzeitige Umsetzung des Konzepts sei als Zwischenschritt notwendig. „Die Mehrbedarfe an Kraftfahrzeugen in der Landespolizei sind schon jetzt unstrittig erkennbar. Sie müssen schnellstmöglich durch den Innenminister anerkannt und durch das Finanzministerium finanziell hinterlegt werden“, so der GdP-Vize. Ohne ausreichende Fahr-

könne er verstehen, so Grote, auch vor dem Hintergrund der Berichterstattung über die Rockerproblematik. Eine Realisierung sei aber nur mittelfristig möglich. Der für die kommenden Jahre angekündigte Personalzuwachs um 500 Stellen solle – wie im Koalitionsvertrag beschlossen – in die Fläche gehen.

Mit Blick auf die Situation in der Landesunterkunft Boostedt begrüßte Jäger die politische Absicht, Asylverfahren durch zusätzliches Personal zuständiger



### Zu: Gesellschaft, DP 8/18

Im Artikel über Verschwörungstheorien, der im Großen und Ganzen verwirrte Spinner(innen) und Rechtsradikale in einen Topf wirft, ist als Beispiel der Anschlag 9/11 in New York angeführt. Ich möchte anmerken, dass ein Heer von Architekten und Bauingenieuren, darunter der Erbauer des World Trade Centers selbst, seit Jahren klar zu machen versucht, dass niemals die Flugzeugeinschläge Ursache des Einsturzes des Gebäudekomplexes gewesen sein können (ich erinnere an den Flugzeugeinschlag im Empire State Building 1945, das heute noch steht und deswegen nicht zusammengekracht ist).

Ein paar weitere Fakten: Jeden Tag arbeiteten in dem WTC-Komplex 15.000 Menschen, am Anschlagstag, einem ganz normalen Arbeitstag (glücklicherweise?) nur circa 5.000 – 6.000. Jeweils unmittelbar vor dem Einsturz der Gebäude sind Explosionen und erdbebenartige Erschütterungen sogar durch die Fernsehübertragungen dokumentiert. Es war eine bestehende Bauvorschrift der Stadt, dass bei Errichtung von „Wolkenkratzern“ eine Sprengmöglichkeit zur eventuellen späteren „Entsorgung“ des Gebäudes, wenn es mal abgerissen werden soll, zu Baubeginn integriert werden musste.

Die Welt hat Bilder einstürzender Gebäude gesehen, die mitnichten von oben nach unten durch die vermeintlichen Flugzeugeinschläge zusammengekracht sind. Man sah Gebäude, die, wie bei gefilmten gezielten Sprengungen von Gebäuden, Wolkenkratzern und Kaminen, sauber in sich zusammengefallen sind – wir haben gesehen und verschließen trotzdem die Augen vor den offensichtlichen Fakten.

Ich habe lange recherchiert und viele weitere Fakten in einem Buch zusammengetragen, die wie Puzzleteile zusammengesetzt, ein ganz anderes Bild ergeben, als die offiziellen Darstellungen. Es sei zum Nachdenken noch darauf hingewiesen, dass es schon seltsam ist, dass gerade zu den Sekunden

des ersten Flugzeugeinschlages ein Fernsichtteam vor Ort war und die Bilder um die Welt schicken konnte. Seltsamerweise hinterfragt so einen Zufall offiziell niemand oder recherchiert, woher diese Bilder überhaupt kamen. Parallel dazu gab es viele Augenzeugen, die zwar die Explosionen in den oberen Stockwerken des WTC gesehen haben, nicht aber die Flugzeuge (die sie auch hätten sehen müssen). Nach meinem Kenntnisstand blieben diese „offiziellen“ Filmaufnahmen der Flugzeugeinschläge die einzigen – da gab es von niemandem weitere Video- oder Handyaufzeichnungen.

Wie diese Fakten einer offensichtlich inszenierten Attentatsshow zu dem Artikel passt, erschließt sich mir nicht. Auch die Umstände des Attentats auf den US-Präsidenten John F. Kennedy werden immer wieder in einem Atemzug mit „Verschwörungstheorie“ genannt. Auch hier ist es Fakt, dass die ehemalige CIA-Agentin Marita Lorenz in ihre Memoiren von einer denkwürdigen Autofahrt zum Ort Dallas kurz vor dem Attentat 1963 berichtete. Insassen (mit einem Kofferraum voller Waffen) waren unter anderem Lee Harvey Oswald (der vermeintliche spätere Attentäter) und Jack Ruby (der vermeintliche Patriot, der nach dem Attentat Oswald erschoss). Schon allein dieses „Geständnis“ hätte die offizielle Version des Kennedy-Attentats wie ein Kartenhaus zusammenbrechen lassen müssen. Hinzu kommen noch die eidesstattlichen Versicherungen der uniformierten Polizisten vor Ort, die das Gewehr des vermeintlichen Schützen Oswald in dem Schulbuchdepot (dem Standpunkt von Oswald) sicherstellten, das in den folgenden Tagen mit einem anderen Gewehr ausgetauscht worden und als Tatwaffe der Öffentlichkeit präsentiert worden ist. Inzwischen wurde ein Obduktionsfoto Kennedys veröffentlicht, das zeigt, dass er nicht von hinten (Standort Oswald und Schulbuchdepot), sondern von vorn durch die Kehle erschossen worden ist. Es gibt sogar Zeugen, die diesen Schuss gehört haben und nach den Schüssen auf Kennedy in Fahrtrichtung seiner Limousine nach vorn gelaufen sind.

Bei diesen Fakten bleibt nicht mehr

viel Raum für eine Verschwörungstheorie. Das war ein Anschlag, geplant und durchgeführt von ein paar Insidern, allen voran J. Edgar Hoover, damaliger FBI-Chef und persönlicher Chef-Ermittler im Fall Kennedy, der die Manipulationen in den Ermittlungen erst möglich machte. Auch an der Motivlage für Hoover fehlte es nicht – wollten doch John F. Kennedy und sein Bruder Robert Hoover entlassen. Heute wissen wir, welche kriminelle Energie, Amts- und Machtmissbrauch Hoover in seiner Amtszeit entwickelte und warum die Kennedys ihn loswerden wollten.

Manchmal kann ich mich des Eindrucks nicht erwehren, dass für einige Sachverhalte der Slogan gilt: „Meine Meinung steht fest, bitte verwirren Sie mich nicht mit Tatsachen“. Aber Menschen die nachdenken und nicht alles glauben wollen, was offiziell als vermeintliche Tatsache präsentiert wird, auf die gleiche Stufe mit Spinnern und durchgeknallten Rechtsradikalen zu stellen, ist nicht der richtige Weg. So kann man leicht unter dem Deckel halten, was nicht öffentlich werden soll. Und übrigens, die Freimaurer und ihre Logen gibt es wirklich! Dies ist auch ein verbürgter und nachgewiesener Fakt.

Eine Anmerkung: Ich bin ein Kriminalbeamter, der fest in unserer demokratischen, freiheitlichen Verfassung und Grundordnung verankert ist. Ich bin nie zu einem Tatort gegangen und habe vorher schon den Täter und die Tatumstände gekannt, sondern ich habe mir ein Bild nur an Hand der ermittelten Fakten gebildet, so wie sich das für einen geschulten Kriminalisten gehört. Ich halte Reichsbürger für kriminelle Verfassungsfeinde und bin weit weg von AfD und anderen Rechtsradikalen.

**Wolfgang Zerbe,  
Weil-OT Beuerbach**

### Zu: Soziales, DP 9/18

Sehr geehrter Herr Gerstenkamp, sind die Eltern von heute mit Hausaufgaben überfordert oder wie darf ich ihre Ausführungen über Belastungen



mit den Hausaufgaben verstehen? Unseren Eltern war das nicht zu viel. Sie wussten, als sie Kinder in die Welt gesetzt haben, dass es auch ab dem Eintritt ins Schulleben Verpflichtungen gab.

Es liegt in der Verantwortung des Elternhauses, dass Kinder eine bestmögliche schulische Ausbildung bekommen. Betreuung und Überwachung der Hausaufgaben ist nun mal nach meiner Meinung ureigene Aufgabe des Elternhauses.

Auch ich (Jahrgang 1953) bin einer der von ihnen zitierten schlecht ausgebildeten und oftmals angeblich überforderten Aushilfskräften an einer Grundschule. Nach vielen Jahren der Tätigkeit, sowohl als Vater bei den eigenen, als auch mit entsprechend belegbaren Qualifizierungslehrgängen ausgebildeter „Tagesvater“ bei fremden Kindern, behaupte ich, und das kann ich auch für meine Mitstreiter belegen, dass wir oftmals die „besseren Pädagogen“ sind. Hausaufgaben können, entgegen ihren Ausführungen, durchaus zum Wohle von entspannten und friedlichen Familienabenden beitragen. Man muss eben nur wissen wie!

**Ekkehard Fellmeth, Rudersberg**

---

### Zu: Kriminalstatistik, DP 9/18

Im Artikel „Zwischen Realität und Erfassung – Kriminalität als Politikum“ wird auf die methodischen Schwächen und generellen Grenzen der PKS aufmerksam gemacht. Viele Schwächen werden dann genannt, eine große Schwäche wird aber erstaunlicherweise nicht genannt: Straftaten in Verbindung mit einem Verkehrsunfall werden gar nicht in die PKS aufgenommen, auch fahrlässige Tötung nicht. Dabei ist Angst um das eigene Leben im Straßenverkehr weit verbreitet. Ergebnis einer repräsentativen landesweiten Bürgerbefragung in NRW: die Ängste der Bevölkerung, Opfer zu werden, waren hinsichtlich der erlebten Gefahren im Straßenverkehr zumindest tendenziell größer als bezogen auf die Bedrohungen durch die

„normale“ Kriminalität. 1955 wurde die PKS eingeführt, 1963 wurden die Verkehrsdelikte herausgenommen; über dieses Politikum könnte auch ein Artikel geschrieben werden.

**Martin Kozlowski, Hochheim**

---

### Zu: Kriminalität, DP 9/18

Da ich selbst viele Jahre in einem szenebekanntem Clan im Bereich der Online-Shooter gespielt habe, hat der Artikel natürlich mein Interesse geweckt. Mittlerweile bin ich zwar durch Familie und Job wesentlich ruhiger geworden, verfolge die „Szene“ und vor allem meine früheren Mitstreiter trotzdem weiter.

Zunächst habe ich mich gewundert, dass die Ermittler gerade in so einem Fall die Augen vor Plattformen wie Steam verschließen – wo doch Online-Shooter wie „Counter-Strike“ lange Zeit im Ruf standen genauso ein Verhalten zu begünstigen. Als ich den Artikel dann weiter gelesen habe, habe ich fast die Hände über den Kopf zusammen geschlagen. Wie kann man in der heutigen Zeit so aus allen Wolken fallen und sich dermaßen dem technischen Fortschritt verweigern? Ganze Industriezweige bauen auf diese Szene auf. Das ist bereits seit langer Zeit keine Randgruppe oder Nische mehr, sondern eher wirtschaftlich ein hochprofitabler Bereich, in dem Millionen umgesetzt werden. Warum hat man dieses Gebiet nicht schon früher beleuchtet? Es waren ja, so zumindest beschrieben, bereits mehrere Hinweise für einen Ermittlungsansatz in dieser Richtung vorhanden.

Was mich seitens des Autors etwas stört: Er schildert die Vorgänge in solchen Plattformen und welchen Einfluss diese vermeintlich auf den Täter hatten. Abschließend bezeichnet er allerdings diese Gruppe als „Subkultur“, er definiert sie also als abweichende Kultur einer Gesellschaft. Und zwar nicht nur die Personen, die das System hinter diesen Plattformen missbrauchen, sondern generell Personen, die an diesen Plattformen teilhaben – das ist aber nicht der Fall. Lebe ich als Po-

lizeibeamter mit Familie in einer Subkultur, nur weil ich an dieser Plattform teilhabe? Mein Dienstherr stellt mir eine Schusswaffe zur Verfügung und ich nehme an Online-Shootern teil. Bin ich deshalb als potenzieller Amoktäter zu bewerten? Nein.

Meiner Ansicht nach ist es höchste Eisenbahn, sich nicht nur juristisch einzumischen, sondern, so wie es jetzt langsam mit dem Ansatz Cybercrime ins Rollen kommt, eine sehr detaillierte Ermittlungsarbeit zu leisten. Diese Szene ist keine Subkultur mehr, sondern eine eigene Gesellschaft mit eigenen, legalen Regeln. Wenn diese Kultur ganze Industriezweige aufleben lässt, warum sollte sie kein dominanter Lebensmittelpunkt unsererer Gesellschaft beziehungsweise unserer Jugend sein? Beim Islam spricht doch heute auch keiner von Subkultur!?

**Stefan Dörner, Amberg**

*Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen, um möglichst viele Kolleginnen und Kollegen zu Wort kommen zu lassen. Abgedruckte Zuschriften geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Anonyme Zuschriften werden nicht berücksichtigt.*

#### Kontakt zur Redaktion:

**GdP-Bundesvorstand**  
**Redaktion DEUTSCHE POLIZEI**  
**Stromstraße 4**  
**10555 Berlin**  
**Tel.: 030/39 99 21-113**  
**Fax: 030/39 99 21-200**  
**E-Mail:**  
**[gdp-pressestelle@gdp.de](mailto:gdp-pressestelle@gdp.de)**





## Die Gefahr der Political Correctness

Polizeibeamte sind aufgerufen, die Grundrechte der Pressefreiheit und der Meinungsfreiheit zu schützen. Geraten Medien und die Meinungsäußerung Einzelner in Konflikt, wie jüngst im August 2018 in Dresden (Einschreiten gegen ein Team des ZDF nach Protest und Strafanzeige eines Teilnehmers einer Pegida-Demonstration), muss die Polizei einen fairen und verhältnismäßigen Ausgleich suchen. Deshalb ist es wichtig zu verstehen, welche Gefahr der Meinungsfreiheit droht.

Ein führender liberaler Denker, Professor emeritus für Öffentliches Recht, Dr. Dr. h.c. Ingo von Münch, von 1987 bis 1991 Zweiter Bürgermeister und Wissenschafts- und Kultursenator der Freien und Hansestadt Hamburg, legt eine Abhandlung mit dem Titel „Meinungsfreiheit gegen Political Correctness“ mit 17 kurzen Kapiteln vor, darunter Informationsfreiheit: Die Silvesternacht in Köln und Verschweigen der Herkunft der Täter. Auch das Kap. Hetzer am Pranger: ‚Herr Staatsanwalt, übernehmen Sie‘ weist unübersehbare Bezüge zur polizeilichen Arbeit auf. Auf Seite 103 fragt der Autor: „Kann es sinnvoll sein,



den für eine lebendige Demokratie notwendigen Meinungsstreit zu kriminalisieren?“. Viele aktuelle Beispiele erhöhen die Verständlichkeit und die Lesefreude. Es ist das Verdienst von Münchs, hier nicht nur als Chronist, sondern ordnend tätig zu sein und seinen Gedankengang konsequent zu entwickeln.

Deutlich wird, dass zwischen der Freiheit der Medien- und der (individuellen wie kollektiven) Meinungsfreiheit unlösbare Zusammenhänge bestehen. Die Grundrechte bedingen einander: Meinungen zu haben und öffentlich zu äußern einerseits, darüber zu berichten und diese Meinungen zu verfestigen oder zu diskreditieren andererseits. Political Correctness, laut Duden die „von einer bestimmten Öffentlichkeit als richtig angesehenen Gesinnung“ (Seite 17), gefährdet die Freiheitsrechte. Der Autor beschreibt Formen der Political Correctness unter anderem in den Kapiteln Ausgrenzung von abweichenden Ansichten, Faschismus-, Rassismus- und Nazikeule und Hass-Spirale ohne Ende?

Die polizeiliche Relevanz zieht sich durch das gesamte Buch. Es darf in keiner Bibliothek polizeilicher Ausbildungsstätten und Fachhochschulen fehlen und ist darüber hinaus jedem Polizeibeamten zur Lektüre uneingeschränkt empfohlen. Möge es meinungsstarke, vorurteilsfreie Debatten anregen.

**Prof. Karoline H. Starkgraff,  
Akademie der Polizei Hamburg**

**Meinungsfreiheit gegen Political Correctness, Ingo von Münch, Duncker & Humblot, 2017, 164 Seiten, 19,90 Euro, ISBN 978-3-428-15268-1**



Nr. 10 • 67. Jahrgang 2018 •  
Fachzeitschrift und Organ der  
Gewerkschaft der Polizei



**Erscheinungsweise und  
Bezugspreis:**  
Monatlich 2,90 EURO  
zuzüglich Zustellgebühr.  
Bestellung an den Verlag.  
Für GdP-Mitglieder ist der  
Bezug durch den  
Mitgliedsbeitrag abgegolten.

## Deutsche Polizei

**Herausgeber:** Gewerkschaft der Polizei, Bundesvorstand,  
Stromstr. 4, 10555 Berlin  
**Telefon:** (030) 39 99 21 - 0  
**Fax:** (030) 39 99 21 - 200  
**Internet:** www.gdp.de

**Redaktion DEUTSCHE POLIZEI/Internetredaktion/  
Pressestelle**  
**Chefredakteur/Pressesprecher:** Rüdiger Holecek (hol)  
**CvD:** Michael Zielasko (mzo), Wolfgang Schönwald (wsd)  
**Redaktionsassistent:** Johanna Treuber  
**Gewerkschaft der Polizei, Pressestelle, Stromstraße 4,  
10555 Berlin**  
**Telefon:** (030) 39 99 21 - 113, - 117  
**Fax:** (030) 39 99 21 - 200  
**E-Mail:** gdp-pressestelle@gdp.de  
**Grafische Gestaltung & Layout:**  
Rembert Stolzenfeld, Dipl.-Designer

Die unter Verfassernamen erschienenen Artikel stellen nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte kann keine Gewähr übernommen werden. Die Redaktion behält sich vor, Texte zu kürzen und redaktionell zu bearbeiten. In DEUTSCHE POLIZEI veröffentlichte Beiträge werden gegebenenfalls auf www.gdp.de, der GdP-APP und sozialen Medien verbreitet.



**VERLAG  
DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH  
Anzeigenverwaltung  
Ein Unternehmen der Gewerkschaft  
der Polizei**  
Forststraße 3a, 40721 Hilden  
**Telefon** Düsseldorf (0211) 7104-183  
**Fax** (0211) 7104-174 **E-Mail** av@vdpolizei.de

**Geschäftsführer:**  
Bodo Andrae, Joachim Kranz

**Anzeigenleiterin:**  
Antje Kleuker  
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 40  
vom 1. Januar 2018.

Bitte wenden Sie sich bei **Adressänderungen** nicht an den Verlag, sondern an Ihre Landesbezirke und Bezirke. Die Kontaktdaten finden Sie im Impressum des Landes- oder Bezirksteils in der Mitte des Heftes.



**Druckauflage dieser Ausgabe:**  
185.354 Exemplare  
ISSN 0949-2844

**Herstellung:**  
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG,  
DruckMedien  
Marktweg 42-50, 47608 Geldern,  
Postfach 1452, 47594 Geldern,  
Telefon (02831) 396-0,  
Fax (02831) 89887

**Titel  
Foto:** Zielasko

**Gestaltung:  
Rembert Stolzenfeld**



# KLASSISCHE ELEGANZ

## Kugelschreiber PONTEVEDRA

Metall-Kugelschreiber mit linienförmig aufsteckbarer Kappe mit Einzelnamensgravur (Vor- und Zuname). Großraummine, Kugelschreibermine blau, deutsche Tinte. Messing. Inkl. Stiftebox aus Metall. 11 x Ø 1 cm.

250408 goldfarben

250409 silberfarben

✿ 11,95 € 14,95 €



## Notizbuch IVORY

Notizbuch kariert mit Einzelnamenblindprägung (Vor- und Zuname) auf dem Vorderdeckel. Lederähnlicher Tucson-Einband, Chamoispapier, kariert. Elastisches Verschlussband, Lesezeichenband, Schlaufe zum Einstecken von einem Schreibgerät. 240 Seiten.

13 x 21 cm.

250410

✿ 13,95 € 17,95 €

## Einzelnamensprägung-/ gravur

Bestellungen bitte NUR schriftlich.

Einzeilige Textangabe für Zusatzprägung-/ Gravur bitte in Druckbuchstaben, da verbindliche Vorlage.

**Umtausch geprägter oder gravierter Artikel ist leider nicht möglich.**



**ORGANISATIONS- UND SERVICE-GESELLSCHAFT  
DER GEWERKSCHAFT DER POLIZEI MBH**

Werbemittelvertrieb · Postfach 309 · 40703 Hilden  
Tel. 0211 7104-168 · Fax 0211 7104-4165  
osg.werbemittel@gdp.de · www.osg-werbemittel.de

**Lieferzeit ca. 3 Wochen.**

Letzter Bestelltermin: 31.10.2018.

Weitere Polizeiartikel und nützliche Produkte finden Sie unter:

[www.osg-werbemittel.de](http://www.osg-werbemittel.de)

# Sicherheit beim Einkauf.

Zehntausende Menschen kommen täglich in unsere bundesweit gelegenen Einkaufs-Zentren, um dort einzukaufen. Sie sollen ihren Aufenthalt genießen und sich wohl und sicher fühlen.

Da ist es beruhigend zu wissen, dass in jeder Stadt auf hilfsbereite Polizistinnen und Polizisten Verlass ist, die uns im Falle eines Falles mit Rat und Tat zur Seite stehen.



Vennehof  
Borken



Schloss Arkaden  
Heidenheim



Kaiser Passage  
Worms



City Rondell  
Schwenningen



Vechte Arkaden  
Nordhorn



Shopping Plaza  
Garbsen

## Für ihre Unterstützung danken wir der Polizei